

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
	<i>I Mitteilungen</i>	
	<b>Kommission</b>	
2003/C 127/01	Euro-Wechselkurs .....	1
2003/C 127/02	Mitteilung der Kommission — Jahresabschluss der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zum 23. Juli 2002 .....	2
2003/C 127/03	Staatliche Beihilfe — Italien — Beihilfe C 27/03 (ex N 148/01) — Regionalgesetz Nr. 27 vom 23. Dezember 2000: „Sofortmaßnahmen zur Entschädigung der Landwirte für die ihnen infolge des Streiks der Güterkraftverkehrsunternehmen entstandenen Schäden“ — Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag	25
2003/C 127/04	Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden <sup>(1)</sup> .....	31
2003/C 127/05	Einleitung des Verfahrens (Sache COMP/M.2621 — SEB/Moulinex (II)) .....	32
2003/C 127/06	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.3175 — Best Agri-fund/Dumeco) <sup>(1)</sup> .....	33
2003/C 127/07	Stellungnahme der Kommission zum Entwurf eines Ratsbeschlusses über eine Änderung der Zusammensetzung und der Satzung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik .....	33
	<b>EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM</b>	
	<b>EFTA-Überwachungsbehörde</b>	
2003/C 127/08	Genehmigung einer staatlichen Beihilfe gemäß Artikel 61 des EWR-Abkommens und Artikel 1 Absatz 3 des Protokolls 3 zum Überwachungs- und Gerichtshofübereinkommen (Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde, keine Einwände zu erheben) .....	34
2003/C 127/09	Genehmigung einer staatlichen Beihilfe gemäß Artikel 61 des EWR-Abkommens und Artikel 1 Absatz 3 des Protokolls 3 zum Überwachungs- und Gerichtshofübereinkommen (Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde, keine Einwände zu erheben) .....	34

Informationsnummer

Inhalt (Fortsetzung)

Seite

2003/C 127/10

Erklärungen Liechtensteins und Norwegens gemäß Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern .....

35

---

II *Vorbereitende Rechtsakte*

.....

---

III *Bekanntmachungen*

**Europäisches Parlament**

2003/C 127/11

Im *Amtsblatt der Europäischen Union* C 127 E veröffentlichte Sitzungsprotokolle vom 8. bis 11. April 2002 .....

38

**Kommission**

2003/C 127/12

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen betreffend die Steigerung der Leistungsfähigkeit von NRO im Umweltbereich durch Übertragung der bewährten Praktiken von NRO in der EU, veröffentlicht durch die Europäische Kommission .....

39

---

**Hinweis** (siehe dritte Umschlagseite)

## HINWEIS

Die 40. Ausgabe des Fundstellennachweises des geltenden Gemeinschaftsrechts erscheint Ende Mai 2003.

Abonnenten der Papierausgabe des Amtsblatts können den Fundstellennachweis künftig kostenlos beziehen, und zwar jeweils so viele Exemplare und Sprachfassungen, wie sie abonniert haben. Dazu ist das nachstehende Bestellformular unter Angabe der „Abonentennummer“ (Code links unten, mit O/. . . . . beginnend) auszufüllen und zurückzuschicken.

Nichtabonnenten können den Fundstellennachweis kostenpflichtig bei einem unserer Vertriebsbüros beziehen (Verzeichnis umseitig).

Sämtliche Amtsblätter (L, C, CA, CE) können kostenlos über folgende Internet-Site abgefragt werden:  
<http://europa.eu.int/eur-lex>

Kat.-Nr.: OA-18-03-000-DE-C

---

## BESTELLSCHEIN

### **Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften**

Abonentendienst  
2, rue Mercier  
L-2985 Luxemburg  
Fax: (352) 2929-42752

Meine Matrikelnummer lautet: O/. . . . .

Bitte schicken Sie mir . . . kostenlose(s) Exemplar(e) des Fundstellennachweises, zu dessen/deren Bezug ich durch mein(e) Abonnement(s) berechtigt bin.

Kat.-Nr.: OA-18-03-000-DE-C

Name: .....

Anschrift: .....

.....

Datum: ..... Unterschrift: .....

## I

(Mitteilungen)

## KOMMISSION

Euro-Wechselkurs <sup>(1)</sup>

28. Mai 2003

(2003/C 127/01)

## 1 Euro =

Währung		Kurs	Währung		Kurs
USD	US-Dollar	1,1738	LVL	Lettischer Lat	0,6572
JPY	Japanischer Yen	138,86	MTL	Maltesische Lira	0,4306
DKK	Dänische Krone	7,4242	PLN	Polnischer Zloty	4,3607
GBP	Pfund Sterling	0,7184	ROL	Rumänischer Leu	37 792
SEK	Schwedische Krone	9,1535	SIT	Slowenischer Tolar	233,121
CHF	Schweizer Franken	1,5237	SKK	Slowakische Krone	41,055
ISK	Isländische Krone	85,08	TRL	Türkische Lira	1 704 000
NOK	Norwegische Krone	7,8755	AUD	Australischer Dollar	1,8008
BGN	Bulgarischer Lew	1,946	CAD	Kanadischer Dollar	1,6243
CYP	Zypern-Pfund	0,58675	HKD	Hongkong-Dollar	9,154
CZK	Tschechische Krone	31,34	NZD	Neuseeländischer Dollar	2,037
EEK	Estnische Krone	15,6466	SGD	Singapur-Dollar	2,0337
HUF	Ungarischer Forint	246,38	KRW	Südkoreanischer Won	1 409,09
LTL	Litauischer Litas	3,4522	ZAR	Südafrikanischer Rand	9,7015

<sup>(1)</sup> Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

**MITTEILUNG DER KOMMISSION****Jahresabschluss der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zum 23. Juli 2002**

(2003/C 127/02)

Entsprechend den Verpflichtungen, die die Kommission im Namen der EGKS im Rahmen ihrer Anleihtätigkeit übernommen hat, wird der gemäß Artikel 45c des Vertrags über die Gründung der EGKS aufgestellte Jahresabschluss wie nachstehend angeführt veröffentlicht:

- Bilanz der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zum 23. Juli 2002,
- Gewinn- und Verlustrechnung für das am 23. Juli 2002 endende Geschäftsjahr,
- Verwendung des Ergebnisses des am 23. Juli 2002 endenden Geschäftsjahres,
- Anmerkungen zum Jahresabschluss zum 23. Juli 2002.

Diesem Jahresabschluss wird in Einklang mit Artikel 45c des EGKS-Vertrags der Bericht des Rechnungshofes beigelegt.

**BERICHT DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFES****über den Jahresabschluss der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zum 23. Juli 2002**

- Der vorliegende Bericht betrifft die Zuverlässigkeit der Rechnungsführung der Kommission gemäß Artikel 45 c Absatz 5 des am 23. Juli 2002 ausgelaufenen Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.
- Der Hof hat die Buchführung und den Jahresabschluss der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zum 23. Juli 2002 geprüft. Diese Prüfung wurde im Einklang mit den allgemein anerkannten Abschlussprüfungsrichtlinien durchgeführt und umfasste die für notwendig erachteten Kontrollmaßnahmen. Aus der Prüfung ergibt sich für den Hof eine angemessene Grundlage für die Erteilung des nachstehenden Bestätigungsvermerks.
- Nach Ansicht des Hofes vermittelt der als Anlage beigelegte Jahresabschluss mit der Bilanz zum 23. Juli 2002, der Gewinn- und Verlustrechnung und der Übersicht über die Verwendung des Ergebnisses des an diesem Datum endenden Haushaltsjahres sowie den Erläuterungen zum Jahresabschluss, der entsprechend den allgemein anerkannten Grundsätzen der Rechnungslegung erstellt wurde, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild von der Vermögens- und Finanzlage der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zum 23. Juli 2002 und vom Ergebnis ihrer Tätigkeit zu dem an diesem Datum endenden Haushaltsjahr. Die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge sind insgesamt hinreichend gewährleistet.

Luxemburg, den 27. März 2003

Juan Manuel FABRA VALLÉS  
*Präsident des Rechnungshofes*

Ioannis SARMAS  
*Mitglied des Rechnungshofes*

**JAHRESABSCHLUSS DER EGKS**

Die Bilanz der EGKS, die Gewinn- und Verlustrechnung und die Aufstellung über die Verwendung des Ergebnisses des am 23. Juli 2002 endenden Geschäftsjahres wurden der Kommission im schriftlichen Verfahren Nr. E/2698/2002 vom 7. Januar 2003 zur Genehmigung vorgelegt und sind im vorliegenden Finanzbericht so aufgeführt, wie sie von der Kommission gebilligt wurden.

**Bilanz zum 23. Juli 2002**

(Beträge in EUR) — Vor Ergebnisverwendung

**AKTIVA**

	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
Guthaben bei Zentralbanken (Anmerkung C1)	28 730	63 130
Forderungen an Kreditinstitute		
— täglich fällig	1 839 938	8 553 937
— mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (Anmerkung C2.1)	33 539 360	133 272 729
— Darlehen (Anmerkung C2.2)	120 215 715	355 368 358
Insgesamt	155 595 013	497 195 024
Forderungen an Kunden		
— Darlehen (Anmerkung C3.1)	682 080 134	1 045 139 605
— Umlage (Anmerkung C3.2)	0	66 213
— Geldbußen (Anmerkung C3.3)	0	39 806 715
— rückzahlbare Zinsverbilligungen (Anmerkung C3.4)	337 736	2 579 066
Insgesamt	682 417 870	1 087 591 599
Schuldverschreibungen und sonstige festverzinsliche Wertpapiere (Anmerkung C4)		
— von öffentlichen Emittenten	1 129 370 124	1 090 184 127
— von anderen Emittenten	399 531 331	478 711 875
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Anmerkung C5)	27 998 410	44 205 202
Insgesamt	1 556 899 865	1 613 101 204
Sonstige Vermögenswerte (Anmerkung C6)	6 023 377	7 092 794
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten (Anmerkung C7)	47 568 362	82 534 005
<b>AKTIVA INSGESAMT</b>	<b>2 448 533 217</b>	<b>3 287 577 756</b>
Posten unter dem Strich (Anmerkung C23)	290 511 586	310 674 984

**Bilanz zum 23. Juli 2002**

(Beträge in EUR) — Vor Ergebnisverwendung

**PASSIVA**

	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER DRITTEN		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Anmerkung C8)		
— mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	36 202 081	604 294 572
Verbriefte Verbindlichkeiten (Anmerkung C9)	706 302 342	836 250 262
Sonstige Verbindlichkeiten (Anmerkung C10)	36 616 446	301 104
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten (Anmerkung C11)	22 564 190	78 061 265
Summe der Verbindlichkeiten gegenüber Dritten	801 685 059	1 518 907 203
EGKS-FUNKTIONSHAUSHALTSPLAN (ANMERKUNG C12)	400 916 712	530 720 948
RÜCKSTELLUNGEN FÜR RISIKEN UND AUFWENDUNGEN		
Garantiefonds (Anmerkung C13.1)	529 000 000	580 000 000
Rückstellungen für Großkredite	—	6 000 000
Sonstige Rückstellungen (Anmerkung C13.2)	57 012 724	150 699 271
Summe der Rückstellungen	586 012 724	736 699 271
HAUSHALT FINANZIERUNG DER KOHLE- UND STAHLFORSCHUNG (ANMERKUNG C14)	240 000 000	240 000 000
RÜCKLAGEN UND ERGEBNIS (ANMERKUNG C15)		
Spezialrücklage	112 300 000	118 000 000
Ehemaliger Pensionsfonds	36 000 000	40 000 000
Vermögen des Forschungsfonds für Kohle und Stahl	109 700 000	92 632 605
Ergebnisvortrag	3 250 334	2 029 066
Ergebnis des Rechnungszeitraums (Anmerkung C16)	158 668 388	8 588 663
Summe Rücklagen und Ergebnis	419 918 722	261 250 334
<b>PASSIVA INSGESAMT</b>	<b>2 448 533 217</b>	<b>3 287 577 756</b>
Posten unter dem Strich (Anmerkung C23)	286 966 510	300 407 841

### Gewinn- und Verlustrechnung des am 23. Juli 2002 endenden Rechnungszeitraums

(Beträge in EUR)

#### AUFWENDUNGEN

	1. Januar bis 23. Juli 2002	1. Januar bis 31. Dezember 2001
Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen (Anmerkung C17)	53 081 195	141 299 615
Provisionsaufwendungen	314 770	379 849
Aufwand aus Finanzgeschäften		
— Wechselkursveränderungen (Anmerkung B2)	—	268 248
— Realisierte Kursverluste aus Schuldverschreibungen und sonstigen festverzinslichen Wertpapieren	4 427 896	2 248 893
— Wertberichtigungen auf Schuldverschreibungen und sonstige festverzinsliche Wertpapiere (Anmerkung C4)	63 570 916	6 760 668
— Wertberichtigungen auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Anmerkung C5)	1 405 587	3 072 877
<b>Insgesamt</b>	<b>69 404 399</b>	<b>12 350 686</b>
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (Anmerkung C18)	2 794 520	5 000 000
Sonstige betriebliche Aufwendungen (Anmerkung C19)	715 908	1 711 089
Wertberichtigungen auf Forderungen und Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und Mittelbindungen		
— Wertberichtigungen auf Forderungen	916 445	4 743 980
— Zuweisung zum Garantiefonds (Anmerkung C13.1)	—	15 000 000
— Zuweisung zu den sonstigen Rückstellungen für Risiken und Aufwendungen (Anmerkung C13.2)	3 215 253	2 057 973
<b>Insgesamt</b>	<b>4 131 698</b>	<b>21 801 953</b>
Außerordentliche Aufwendungen	39 771	31 139
Im Rechnungszeitraum eingegangene rechtsverbindliche Verpflichtungen (Anmerkung C12)	127 988 619	184 554 560
Zuweisung Haushalt Finanzierung der Kohle- und Stahlforschung (Anmerkung C14)	—	240 000 000
<b>Aufwendungen insgesamt</b>	<b>258 470 880</b>	<b>607 128 891</b>
Ergebnis des Rechnungszeitraums (Anmerkung C16)	158 668 388	8 588 663
<b>INSGESAMT</b>	<b>417 139 268</b>	<b>615 717 554</b>



## Gewinn- und Verlustrechnung des am 23. Juli 2002 endenden Rechnungszeitraums

(Beträge in EUR)

### ERTRÄGE

	1. Januar bis 23. Juli 2002	1. Januar bis 31. Dezember 2001
Zinserträge und ähnliche Erträge (Anmerkung C20) Darunter aus festverzinslichen Wertpapieren: 37 749 670 EUR im Jahr 2002 und 69 658 619 EUR im Jahr 2001	91 425 315	214 741 377
Provisionserträge	141 300	253 300
Erträge aus Finanzgeschäften		
— Wechselkursveränderungen (Anmerkung B2)	381 759	—
— Realisierte Kursgewinne aus Schuldverschreibungen und sonstigen festverzinslichen Wertpapieren	5 253 120	696 145
— Realisierte Kursgewinne aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	3 491 224	—
— Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Schuldverschreibungen und sonstige festverzinsliche Wertpapiere (Anmerkung C4)	7 580 807	17 200 348
— Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Anmerkung C5)	—	1 179 177
<b>Insgesamt</b>	<b>16 706 910</b>	<b>19 075 670</b>
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und Mittelbindungen:		
— Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen	22 011 553	49 478 703
— Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für Großkredite	6 000 000	11 000 000
— Erträge aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen für Risiken und Aufwendungen (Anmerkung C13.2)	51 371 610	3 477 090
<b>Insgesamt</b>	<b>79 383 163</b>	<b>63 955 793</b>
Sonstige betriebliche Erträge (Anmerkung C21)	8 022 885	83 387
Außergewöhnliche Erträge	—	1 879 316
Erträge im Zusammenhang mit dem EGKS-Funktionshaushaltsplan (Anmerkung C22)	20 665 175	64 523 231
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für Haushaltsrisiken (Anmerkung C12)	31 000 000	—
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für die Finanzierung des Funktionshaushaltsplans (Anmerkung C12)	118 794 520	251 205 480
Entnahme aus dem Garantiefonds (Anmerkung C13.1)	51 000 000	—
<b>ERTRÄGE INSGESAMT</b>	<b>417 139 268</b>	<b>615 717 554</b>

## Verwendung des Ergebnisses des am 23. Juli 2002 endenden Rechnungszeitraums

(Beträge in EUR)

	1. Januar bis 23. Juli 2002	1. Januar bis 31. Dezember 2001
Ergebnisvortrag am 1. Januar	3 250 334	2 029 066
Verfügbares Ergebnis des Rechnungszeitraums	158 668 388	8 588 663
<b>Insgesamt</b>	<b>161 918 722</b>	<b>10 617 729</b>
Zuweisung zum Vermögen des Forschungsfonds für Kohle und Stahl (Anmerkung C15)	158 300 000	7 367 395
Ergebnisvortrag am Ende des Rechnungszeitraums	3 618 722	3 250 334

## ANMERKUNGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS ZUM 23. JULI 2002

(Beträge in EUR)

### A. DIE EGKS

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) wurde durch den Vertrag vom 18. April 1951 gegründet. Nach dem Wortlaut des Vertrags hatte die EGKS die Aufgabe, durch die Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl zur wirtschaftlichen Entwicklung der Mitgliedstaaten beizutragen.

Der EGKS-Vertrag ist am 23. Juli 2002 ausgelaufen. Der Europäische Rat von Nizza beschloss, dem Vertrag von Nizza vom 26. Februar 2001 <sup>(1)</sup> ein Protokoll über die finanziellen Folgen des Ablaufs des EGKS-Vertrags und über die Einrichtung und Verwaltung des Forschungsfonds für Kohle und Stahl hinzuzufügen. Es wurde beschlossen, das gesamte Vermögen der EGKS zum Zeitpunkt des Auslaufens des Vertrags ab dem 24. Juli 2002 auf die Europäische Gemeinschaft zu übertragen. Der Nettowert dieses Vermögens gilt als Vermögen für die Forschung in Sektoren, die die Kohle- und Stahlindustrie betreffen. Die Erträge aus diesem Vermögen werden ausschließlich für Forschungsarbeiten in Sektoren verwendet, die mit der Kohle- und Stahlindustrie zusammenhängen.

Da der Vertrag von Nizza vor dem Ablauf der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags nicht ratifiziert wurde, haben die Mitgliedstaaten die Europäische Kommission beauftragt, vorübergehend das Vermögen der „EGKS in Liquidation“ nach den im Protokoll zum Vertrag von Nizza vorgesehenen Grundsätzen zu verwalten <sup>(2)</sup>. Irland hat sich am 19. Oktober 2002 in einem Referendum zur Ratifizierung des Vertrags von Nizza bereit erklärt.

Mit Blick auf das Auslaufen des EGKS-Vertrages am 23. Juli 2002 wurde die EGKS-Umlage 1998 auf null zurückgeführt und die Darlehentätigkeit im Juli 1997 eingestellt (Beschluss der Kommission vom 22. Juni 1994). Daher bestand die Hauptfinanzquelle der EGKS seitdem aus den Erträgen der Vermögensverwaltung.

### B. ANGEWANDTE RECHNUNGSFÜHRUNGSGRUNDSÄTZE UND -METHODEN

#### 1. Darstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss wird nach den allgemein anerkannten Rechnungsführungsmethoden erstellt.

Die bei den einzelnen Posten des Jahresabschlusses angewandten Rechnungsführungsmethoden und Bewertungsgrundsätze berücksichtigen die Einschränkungen und Entschließungen, die für die EGKS aufgrund der Verträge und anderer sie betreffender Entscheidungen der Organe der Europäischen Gemeinschaften gelten.

Ferner wird berücksichtigt, dass die Geschäftstätigkeit seit dem 23. Juli 2002, dem Tag, an dem der EGKS-Vertrag ausgelaufen ist, nicht fortgeführt wird.

<sup>(1)</sup> ABl. C 80 vom 10.3.2001.

<sup>(2)</sup> Beschluss der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 27. Februar 2002 (ABl. L 79 vom 22.3.2002).

Vorbehaltlich der bereits erwähnten erforderlichen Anpassungen wird der Jahresabschluss gemäß den Bestimmungen der Richtlinie 78/660/EWG des Rates sowie der Richtlinie 86/635/EWG des Rates <sup>(1)</sup> über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten erstellt, sofern diese anwendbar sind. Die Richtlinie 2001/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(2)</sup> zur Änderung der genannten Richtlinien im Hinblick auf die zulässigen Wertansätze und insbesondere eine Bewertung zum „fair value“ wird im Jahresabschluss der EGKS noch nicht berücksichtigt. Diese Richtlinie ist bis zum 31. Dezember 2003 umzusetzen.

## 2. Umrechnung der auf Fremdwährungen lautenden Elemente

Der Jahresabschluss der EGKS lautet auf Euro („EUR“).

Sämtliche auf ausländische Währungen lautenden Transaktionen der EGKS werden zu dem von der Europäischen Zentralbank veröffentlichten monatlichen Umrechnungskurs in Euro umgerechnet.

Die nichtmonetären Elemente werden zu dem am Tag des Erwerbs oder der letzten Neubewertung geltenden monatlichen Umrechnungskurs in Euro umgerechnet.

Die monetären Elemente werden am Bilanzstichtag zu dem an diesem Tag geltenden monatlichen Umrechnungskurs in Euro umgerechnet. Negative Salden erscheinen in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwendungen. Positive Salden werden übertragen und erscheinen unter dem Posten „Rechnungsabgrenzungsposten“ auf der Passivseite der Bilanz.

### 2.1. Umrechnungskurse

Bei der Umrechnung der auf Fremdwährungen lautenden Bilanzposten in Euro wurden folgende Umrechnungskurse zugrunde gelegt:

	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
Dänische Krone	7,43310	7,43650
Schwedische Krone	9,46450	9,30120
Pfund Sterling	0,63290	0,60850
Schweizer Franken	1,45490	1,48290
US-Dollar	0,99100	0,88130
Japanischer Yen	116,370	115,330

### 2.2. Zum 23. Juli 2002 setzten sich die Aktiva und Passiva der EGKS wie folgt aus den oben aufgeführten Währungen sowie dem Euro zusammen:

(in EUR):		
Währung	Aktiva	Passiva
Euro	1 974 960 860	1 997 616 326
Dänische Krone	780 877	—
Schwedische Krone	296 523	—
Pfund Sterling	365 168 225	343 890 375
Schweizer Franken	6	—
US-Dollar	107 326 726	107 026 516
<b>Insgesamt</b>	<b>2 448 533 217</b>	<b>2 448 533 217</b>

<sup>(1)</sup> ABl. L 222 vom 14.8.1978 und ABl. L 372 vom 31.12.1986.

<sup>(2)</sup> ABl. L 283 vom 27.10.2001.

### 3. **Geldanlagen und Bewertungsgrundsätze für Schuldverschreibungen und sonstige Wertpapiere**

Die internen Regeln der EGKS für die Risikovorsorge verlangen eine Beschränkung der im Portefeuille gehaltenen Anlagen auf festverzinsliche Wertpapiere erstklassiger Emittenten. Ausnahmsweise wurde die EGKS 1998 jedoch im Rahmen der Vereinbarung über die Umschuldung der Verbindlichkeiten eines zahlungsunfähigen Schuldners Eigentümer von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren eines Unternehmens des privaten Rechts.

Die Schuldverschreibungen und sonstigen festverzinslichen Wertpapiere sowie die Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere werden nach dem Niederstwertprinzip zum durchschnittlichen Anschaffungswert oder zu ihrem Marktwert zum Jahresende erfasst.

Diese Regel gilt nicht für als Finanzanlagen angesehene Wertpapiere, die nach dem Niederstwertprinzip zum durchschnittlichen Anschaffungswert oder mit ihrem Rückzahlungswert bewertet werden.

### 4. **Besonderheiten des Jahresabschlusses der EGKS**

#### a) EGKS-Funktionshaushaltsplan

Ein Teil der EGKS-Mittel floss in den EGKS-Funktionshaushaltsplan, der jährlich von der Kommission nach Information des Rates und Konsultation des Europäischen Parlaments festgestellt wurde. Der letzte Funktionshaushaltsplan betraf den Zeitraum 1. Januar bis 23. Juli 2002.

Die am 23. Juli 2002 noch offenen Mittelbindungen für den EGKS-Funktionshaushaltsplan erscheinen unter dem Posten „Abzuwickelnde Mittelbindungen Funktionshaushaltsplan“ (vgl. Anm. C12).

Von den Rückstellungen für die Finanzierung des EGKS-Funktionshaushaltsplans 2002 (149 794 520 EUR am 31. Dezember 2001) wurden 79 Mio. EUR für diesen Zweck verwendet, und der Restbetrag wurde am 23. Juli 2002 aufgelöst (vgl. Anm. C12, C16.1 und C16.2).

#### b) Haushalt Finanzierung der Kohle- und Stahlforschung

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben beschlossen, dass die Einnahmen aus der Verwaltung des Vermögens der EGKS nach dem 23. Juli 2002 zweckgebundene Einnahmen des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften darstellen sollen<sup>(1)</sup>. Wie in Abschnitt A dieses Berichts erwähnt, sind diese Einnahmen für ein im Zusammenhang mit der Kohle- und Stahlindustrie stehendes Forschungsprogramm bestimmt.

Im Hinblick auf dieses Instrument zur Finanzierung der Kohle- und Stahlforschung hat die EGKS bereits Rückstellungen gebildet, die in dem Posten „Haushalt Finanzierung der Kohle- und Stahlforschung“ ausgewiesen werden (vgl. Anm. C14).

### 5. **Änderung der Rechnungsführungsmethoden**

Bis zum Geschäftsjahr 2001 wurden **Geldbußen und Zinsverbilligungen** erst dann als Einnahmen der EGKS ausgewiesen, wenn sie tatsächlich vereinnahmt wurden. Für verhängte, aber noch nicht vereinnahmte Geldbußen und zurückgeforderte, aber noch nicht zurückgezahlte Zinsverbilligungen wurden Rückstellungen gebildet (vgl. Anm. C13.2a). Da keine weiteren EGKS-Funktionshaushaltspläne mehr aufgestellt werden, wurden diese Rückstellungen aufgelöst und aus Vorsichtsgründen in Wertberichtigungen für zweifelhafte Forderungen umgewandelt.

<sup>(1)</sup> Beschluss der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der EGKS vom 27. Februar 2002 (ABl. L 79 vom 22.3.2002).

## C. ANMERKUNGEN ZU DEN POSTEN DER BILANZ UND DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

## 1. Guthaben bei Zentralbanken

Bei diesem Posten handelt es sich um die Guthaben der EGKS bei den Zentralbanken einiger Mitgliedstaaten.

## 2. Forderungen an Kreditinstitute

## 2.1. Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist

Aufgliederung der Forderungen nach der Restlaufzeit:

	(in EUR)	
	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
Bis drei Monate	33 539 360	133 272 729
<b>Insgesamt</b>	<b>33 539 360</b>	<b>133 272 729</b>

## 2.2. Darlehen

Aufgliederung der Darlehen nach der Restlaufzeit:

	(in EUR)	
	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
Bis drei Monate	3 312 991	33 692 382
Über drei Monate bis ein Jahr	27 844 126	218 222 375
Über ein Jahr bis fünf Jahre	29 060 876	39 999 682
Über fünf Jahre	59 997 722	63 453 919
<b>Insgesamt</b>	<b>120 215 715</b>	<b>355 368 358</b>

### 3. Forderungen an Kunden

#### 3.1. Darlehen

Darlehen an Kreditinstitute sind unter dem Posten „Forderungen an Kreditinstitute“ erfasst (vgl. Anm. C2).

Aufgliederung der übrigen Darlehen:

			(in EUR)	
			23. Juli 2002	31. Dezember 2001
<b>1. Darlehen aus Anleihenmitteln</b>				
— Ausstehende Beträge			678 726 833	1 091 388 811
— Wertberichtigungen			– 47 388 569	– 99 348 028
<b>Teilsumme</b>			631 338 264	992 040 783
<b>2. Darlehen aus der Spezialrücklage für die Finanzierung von Sozialwohnungen</b>				
<b>Zwischensumme</b>			17 214 002	17 483 206
<b>Zwischensumme</b>			648 552 266	1 009 523 989
Aufgliederung dieser Darlehen (vor Wertberichtigungen) nach der Restlaufzeit zum				
	23. Juli 2002	31. Dezember 2001		
— Bis drei Monate	50 752 207	170 535 047		
— Über drei Monate bis ein Jahr	232 969 144	166 153 710		
— Über ein Jahr bis fünf Jahre	11 968 366	240 749 165		
— Über fünf Jahre	400 251 118	531 434 095		
	695 940 835	1 108 872 017		
<b>3. Darlehen aus dem ehemaligen Pensionsfonds an die Beamten der Europäischen Gemeinschaften für den Bau von Wohnungen</b>			33 527 868	34 817 280
<b>4. Sonstige Forderungen</b>			—	798 336
<b>Gesamtsumme</b>			<b>682 080 134</b>	<b>1 045 139 605</b>

NB: Für die Darlehen bestehen im Allgemeinen Bürgschaften der Mitgliedstaaten, Bank- und Unternehmensbürgschaften oder Hypotheken.

Am 5. August 2002 wurden Darlehen an einen zahlungsunfähig gewordenen Schuldner an einen Dritten veräußert. Für die Darlehen in Höhe von 50 463 192 EUR war zum 31. Dezember 2001 eine Wertberichtigung von 29 190 879 EUR gebildet worden. Diese Wertberichtigung wurde zum 23. Juli 2002 im Hinblick auf den vor dem 23. Juli 2002 festgesetzten Veräußerungspreis der Darlehen von 27 064 451 EUR angepasst.

## 3.2. Umlage

Für die Jahre 1998 bis 2002 betrug der Umlagesatz 0 %; somit beziehen sich die Forderungen zum 23. Juli 2002 auf die Vorjahre.

Dieser Posten ist wie folgt untergliedert:

(in EUR)		
	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
Bruttobetrag	4 975 874	5 455 706
Wertberichtigungen	- 4 975 874	- 5 389 493
<b>Nettobetrag</b>	<b>0</b>	<b>66 213</b>

## 3.3. Geldbußen

Dieser Posten umfasst die Forderungen der Kommission an Unternehmen, gegen die in Anwendung der Vertragsbestimmungen eine Geldbuße verhängt wurde. Da keine weiteren EGKS-Funktionshaushaltspläne mehr aufgestellt werden, wurde die Verbuchung geändert (vgl. Anm. B5).

Dieser Posten ist wie folgt untergliedert:

(in EUR)		
	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
Einzuziehende Geldbußen „Quotenregelung“		
— Kapital	1 034 270	1 034 270
— Verzugszinsen	340 962	340 962
Einzuziehende Geldbußen gemäß Entscheidung 94/215/EGKS <sup>(1)</sup>		
— Kapital	24 359 000	28 959 000
— Verzugszinsen	11 162 914	10 587 790
Einzuziehende Geldbußen gemäß Entscheidung 98/247/EGKS <sup>(2)</sup>		
— Kapital	8 064 000	8 064 000
— Verzugszinsen	1 955 078	1 695 926
<b>Insgesamt</b>	<b>46 916 224</b>	<b>50 681 948</b>
Wertberichtigungen	46 916 224	10 875 232
<b>Nettobetrag</b>	<b>0</b>	<b>39 806 715</b>

<sup>(1)</sup> Sieben Unternehmen haben ein Rechtsmittel gegen das Urteil des Gerichts erster Instanz eingelegt. Da der Gerichtshof der EG in der Sache noch nicht entschieden hat, standen am 23. Juli 2002 insgesamt (ohne Zinsen) noch 24 359 000 EUR aus.

<sup>(2)</sup> Drei Unternehmen haben ein Rechtsmittel gegen das Urteil des Gerichts erster Instanz eingelegt. Da der Gerichtshof der EG in der Sache noch nicht entschieden hat, standen am 23. Juli 2002 insgesamt (ohne Zinsen) noch 8 064 000 EUR aus.

### 3.4. Rückzahlbare Zinsverbilligungen

Dieser Posten umfasst Forderungen an Unternehmen, denen ein zinsverbilligtes Darlehen gewährt wurde und von denen die Kommission die vollständige oder partielle Rückzahlung der bereits gewährten Zinsverbilligung verlangen musste.

	(in EUR)	
	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
Forderungen aus Zinsverbilligungen	3 162 873	4 926 324
Wertberichtigungen	- 2 825 137	- 2 347 258
<b>Nettobetrag</b>	<b>337 736</b>	<b>2 579 066</b>

## 4. Schuldverschreibungen und sonstige festverzinsliche Wertpapiere

### 4.1. Zusammensetzung

Die Schuldverschreibungen und sonstigen festverzinslichen Wertpapiere setzen sich wie folgt zusammen:

		(in EUR)	
	Wertberichtigungen auf Schuldverschreibungen und sonstige festverzinsliche Wertpapiere Nettoveränderung	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
<b>Öffentliche Emittenten</b>			
Bruttowert		1 199 224 006	1 102 728 104
Wertberichtigungen	57 309 905	- 69 853 882	- 12 543 977
Nettowert		1 129 370 124	1 090 184 127
<b>Sonstige Emittenten</b>			
Bruttowert		401 025 136	481 525 476
Wertberichtigungen	- 1 319 796	- 1 493 805	- 2 813 601
Nettowert		399 531 331	478 711 875
<b>Schuldverschreibungen und sonstige festverzinsliche Wertpapiere insgesamt</b>			
Bruttowert		1 600 249 142	1 584 253 580
Wertberichtigungen	55 990 109	- 71 347 687	- 15 357 578
Nettowert		1 528 901 455	1 568 896 002

Die Nettoveränderung der Wertberichtigungen in Höhe von 55 990 109 EUR setzt sich wie folgt zusammen:

— Zuweisung:	63 570 916
— Entnahme:	- 7 580 807
	<u>55 990 109</u>



#### 4.2. Bis zum 23. Juli 2003 fällige Wertpapiere

Betrag der im Bestand gehaltenen Wertpapiere, die bis zum 23. Juli 2003 fällig werden (in EUR):

— Öffentliche Emittenten:	235 576 417
— Andere Emittenten:	139 964 420
<b>Insgesamt</b>	<b>375 540 837</b>

#### 4.3. Finanzanlagen (vgl. Anm. B.3)

Bei den Finanzanlagen handelt es sich um Wertpapiere, die bis zu ihrer Endfälligkeit im Wertpapierbestand verbleiben sollen. Es handelt sich dabei um langfristige Papiere, die dazu bestimmt sind, die Bedienung der EGKS-Anleihen zu gewährleisten.

Am 23. Juli 2002 belief sich der Nennwert der Finanzanlagen auf insgesamt 161 922 895 EUR; damit war er niedriger als der durchschnittliche Anschaffungswert. Daher wurde für den am 23. Juli 2002 endenden Rechnungszeitraum eine Wertberichtigung von 62 397 971 EUR vorgenommen.

#### 4.4. Rendite

Die Geldanlagen berücksichtigen Fälligkeit und Liquidität der EGKS-Finanztätigkeit. Sie unterliegen strengen Kriterien in Bezug auf die finanzielle Solidität des Partners.

Die (nach der „Modified-Dietz“-Methode berechnete) jährliche Rendite der Anlagen einschließlich Marktwertschwankungen bei Schuldverschreibungen lag in dem am 23. Juli 2002 endenden Rechnungszeitraum bei 4,51 %.

### 5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere haben sich wie folgt entwickelt:

(in EUR)			
	Wertberichtigungen auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere Nettoveränderung	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
Bruttowert		41 030 909	100 198 015
Wertberichtigungen	(42 960 314)	- 13 032 499	- 55 992 813
Nettowert		27 998 410	44 205 202

Diese Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere kamen im Rahmen der Unterzeichnung der Umschuldungsvereinbarung für einen zahlungsunfähigen Schuldner in den Besitz der EGKS (vgl. Anm. B.3).

Die Nettoveränderung von 42 960 314 EUR ergibt sich aus der Inanspruchnahme von Wertberichtigungen für während des am 23. Juli 2002 endenden Rechnungszeitraums veräußerte Aktien in Höhe von 44 365 901 EUR und einer zusätzlichen Zuweisung von 1 405 587 EUR.

## 6. Sonstige Vermögenswerte

Aufgliederung der sonstigen Vermögenswerte:

(in EUR)

	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
— Kontokorrent EGKS-Funktionshaushaltsplan (vgl. Anm. 10)	—	724 633
— Ansprüche auf Erstattung von Quellensteuer und Mehrwertsteuer	72 774	2 446 873
— Darlehen an Beamte	5 854 637	3 900 732
— Sonstiges	95 966	20 556
<b>Insgesamt</b>	<b>6 023 377</b>	<b>7 092 794</b>

## 7. Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Aufgliederung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens:

(in EUR)

	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
— Aufgelaufene Zinsen auf Darlehen und Swaps	25 811 079	65 111 062
— Aufgelaufene Zinsen auf Einlagen und Wertpapiere	28 881 766	25 205 627
— Emissionskosten und Rückzahlungsprämien	—	868 748
	54 692 845	91 185 437
— Kumulierte Wertberichtigungen	– 7 124 483	– 8 651 432
<b>Insgesamt</b>	<b>47 568 362</b>	<b>82 534 005</b>

## 8. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach der Restlaufzeit:

(in EUR)

	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist:		
— Ausleihungen		
bis drei Monate	2 651 400	211 944 169
über drei Monate bis ein Jahr	23 866 625	371 209 437
über ein Jahr bis fünf Jahre	8 631 817	18 846 752
über fünf Jahre	1 052 239	2 294 214
<b>Insgesamt</b>	<b>36 202 081</b>	<b>604 294 572</b>

## 9. Verbriefte Verbindlichkeiten

Unter diesen Posten fallen die von der EGKS begebenen Schuldverschreibungen.

228 673 526 EUR entfallen auf Schuldverschreibungen mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr (104 115 280 EUR zum 31. Dezember 2001).

## 10. Sonstige Verbindlichkeiten

Aufgliederung der sonstigen Verbindlichkeiten:

(in EUR)

	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
Kontokorrent EGKS-Funktionshaushaltsplan (vgl. Anm. 6)	31 271 294	—
Im Voraus gezahlte Darlehensrate	4 638 935	
Sonstiges	706 217	301 104
<b>Insgesamt</b>	<b>36 616 446</b>	<b>301 104</b>

## 11. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Aufgliederung des passiven Rechnungsabgrenzungspostens:

(in EUR)

	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
Aufgelaufene Zinsen aus Anleihen und Kreditlinien	18 294 251	65 877 350
Aufgelaufene Provisionen für Darlehen	3 111	86 307
Abzuschreibendes Emissionsagio	—	1 700 611
Positive Wechselkursdifferenzen	4 266 828	10 396 997
<b>Insgesamt</b>	<b>22 564 190</b>	<b>78 061 265</b>

## 12. Abzuwickelnde Mittelbindungen EGKS-Funktionshaushaltsplan

Dieser Posten umfasst die noch abzuwickelnden Mittelbindungen für den EGKS-Funktionshaushaltsplan (vgl. Anm. B4a).

Im Rechnungszeitraum 1. Januar 2002 bis 23. Juli 2002 haben sich die Mittelbindungen für den EGKS-Funktionshaushaltsplan wie folgt entwickelt:

(in EUR)

	Betrag am 31. Dezember 2001	Neue rechtsverbindliche Verpflichtungen	Zahlungen	Annullierungen	Betrag am 23. Juli 2002
Anpassungsmaßnahmen	128 960 809	35 199 572	25 720 457	5 832 213	132 607 711
Forschung	174 023 995	71 779 540	60 813 446	4 160 694	180 829 395
Zinsverbilligungen Artikel 56	25 008 679	—	2 737 620	5 426 905	16 844 154
Sozialmaßnahmen Kohleindustrie (Rechar)	52 932 945	21 009 507	3 305 000	2 000	70 635 452
<b>Insgesamt</b>	<b>380 926 428</b>	<b>127 988 619</b>	<b>92 576 523</b>	<b>15 421 812</b>	<b>400 916 712</b>

Die Rückstellungen für die Finanzierung des Funktionshaushaltsplans 2002 und die Rückstellungen für Haushaltsrisiken wurden aufgelöst (vgl. auch Anm. C16.2)

	Betrag am 31. Dezember 2001	Auflösung 2002	Betrag am 23. Juli 2002
Rückstellungen für die Finanzierung des künftigen Funktionshaushaltsplans			
— Rückstellungen Funktionshaushaltsplan 2002 <sup>(1)</sup>	118 794 520	118 794 520	—
Rückstellungen für Haushaltsrisiken	31 000 000	31 000 000	—
<b>Insgesamt</b>	<b>149 794 520</b>	<b>149 794 520</b>	—

<sup>(1)</sup> Entscheidung Nr. 2537/2001/EGKS der Kommission vom 21. Dezember 2001 (Funktionshaushaltsplan 2002).

### 13. Rückstellungen für Risiken und Aufwendungen

#### 13.1. Garantiefonds

Der Garantiefonds ist zur Deckung der Anleihe- und Darlehensgeschäfte bestimmt. Nach der Entnahme von 51 Mio. EUR belief er sich zum 23. Juli 2002 auf 529 Mio. EUR.

Am 11. September 1996 bekräftigte die Kommission, dass der Garantiefonds auch nach dem 23. Juli 2002 100 % des Betrags der ausstehenden Darlehen ohne Bürgschaft eines Mitgliedstaats entsprechen sollte. Am 23. Juli 2002 lag der Deckungsgrad bei 100 %. Da ein Teil der Darlehen auf GBP lautet, kann sich der Betrag, der einem Deckungsgrad von 100 % entspricht, jedoch entsprechend der Entwicklung des GBP-EUR-Kurses verändern.

Der Garantiefonds hat sich wie folgt entwickelt:

<i>(in EUR)</i>		
31. Dezember 2001	Entnahme 2002	23. Juli 2002
580 000 000	51 000 000	529 000 000

#### 13.2. Sonstige Rückstellungen

Dieser Posten umfasst die Rückstellungen für Geldbußen und rückzahlbare Zinsverbilligungen (42 385 781 EUR am 31. Dezember 2001) und die sonstigen Rückstellungen in Höhe von insgesamt 57 012 724 EUR (108 313 490 EUR am 31. Dezember 2001).

a) Rückstellungen für Geldbußen und rückzahlbare Zinsverbilligungen (vgl. Anm. B.5):

<i>(in EUR)</i>			
	31. Dezember 2001	Bilanzbewegung 2002	23. Juli 2002
Rückstellungen für einzuziehende Geldbußen und Verzugszinsen	39 806 715	– 39 806 715	—
Rückstellungen für rückzahlbare Zinsverbilligungen	2 579 066	– 2 579 066	—
<b>Insgesamt</b>	<b>42 385 781</b>	<b>– 42 385 781</b>	—

## b) Sonstige Rückstellungen:

(in EUR)

	31. Dezember 2001	Bewegungen im Zeitraum 1. Januar 2002 bis 23. Juli 2002			23. Juli 2002
		Zuweisung	Auflösung	Wechselkursveränderung und Bilanzbewegung	
Rückstellungen zur Deckung des Zinsrisikos <sup>(1)</sup>	51 958 153	2 105 833	51 371 610	- 2 692 376	—
Rückstellungen für Sonderkosten im Zusammenhang mit dem Bankgeschäft <sup>(2)</sup>	200 000	100 000	—	—	300 000
Rückstellungen im Zusammenhang mit der Klage gegen Entscheidung 94/215/EGKS <sup>(3)</sup>	52 107 499	940 438	—	—	53 047 937
Rückstellungen im Zusammenhang mit der Klage gegen Entscheidung 98/247/EGKS <sup>(4)</sup>	4 047 838	68 982	—	- 452 033	3 664 787
<b>Insgesamt</b>	<b>108 313 490</b>	<b>3 215 253</b>	<b>51 371 610</b>	<b>- 3 144 409</b>	<b>57 012 724</b>

<sup>(1)</sup> Nach dem Ausfall eines Schuldners standen langfristigen (nach 2002 fälligen) festverzinslichen Schuldverschreibungen der EGKS keine in entsprechender Höhe verzinslichen Aktivposten mehr gegenüber.

Entsprechend dem Vorsichtsprinzip und mit Blick auf das Auslaufen des EGKS-Vertrags im Jahr 2002 waren Rückstellungen zur vollständigen Absicherung gegen das Zinsrisiko gebildet worden. 2002 hat die EGKS ein spezielles Portefeuille aufgebaut, dessen Zinseinnahmen mit den zu zahlenden Zinsen identisch sind. Die entsprechenden Rückstellungen wurden daher aufgelöst.

<sup>(2)</sup> Diese Rückstellungen wurden zur Deckung von Rechtsberatungskosten und anderen unvorhergesehenen Kosten gebildet. Dieses Risiko besteht vor allem im Rechtsbereich, da die EGKS im Rahmen ihrer Finanzierungen weniger häufig über nationale Bevollmächtigte tätig wird, die alle mit den Darlehensgeschäften verbundenen Kosten übernehmen.

<sup>(3)</sup> Diese Rückstellungen wurden, ausgehend von der aufgrund der Entscheidung 94/215/EGKS vom 16. Februar 1994 effektiv gezahlten Geldbuße und den seit diesen Zahlungen aufgelaufenen Zinsen, für den Fall gebildet, dass das Rechtsmittel, das die betroffenen Unternehmen beim Gerichtshof gegen das Urteil des Gerichts erster Instanz vom 11. März 1999 eingelegt haben, Erfolg hat (vgl. Anm. C3.3) und die erhaltenen Beträge zurückgezahlt werden müssen.

<sup>(4)</sup> Diese Rückstellungen wurden, ausgehend von der aufgrund der Entscheidung 98/247/EGKS vom 21. Januar 1998 effektiv gezahlten Geldbuße und den seit diesen Zahlungen aufgelaufenen Zinsen, für den Fall gebildet, dass das Rechtsmittel, das die betroffenen Unternehmen beim Gerichtshof gegen das Urteil des Gerichts erster Instanz vom 13. Dezember 2001 eingelegt haben, Erfolg hat (vgl. Anm. C3.3).

## 14. Haushalt Finanzierung der Kohle- und Stahlforschung

Dieser Posten untergliedert sich wie folgt:

(in EUR)

	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
Forschungsrückstellungen 2003	60 000 000	60 000 000
Forschungsrückstellungen 2004	60 000 000	60 000 000
Glättungsrückstellungen	120 000 000	120 000 000
<b>Insgesamt</b>	<b>240 000 000</b>	<b>240 000 000</b>

Im Zusammenhang mit dem Auslaufen des EGKS-Vertrags am 23. Juli 2002 und der Auflösung der EGKS wurde beschlossen, dass das gesamte Vermögen der EGKS zum Zeitpunkt des Auslaufens des Vertrages ab dem 24. Juli 2002 von der Kommission verwaltet wird <sup>(1)</sup>. Der Nettowert dieses Vermögens gilt als Vermögen für die Forschung in Sektoren, die die Kohle- und Stahlindustrie betreffen. Die Erträge aus diesem Vermögen werden ausschließlich für Forschungsarbeiten in Sektoren verwendet, die mit der Kohle- und Stahlindustrie zusammenhängen.

Praktisch bedeutet dies, dass der (hauptsächlich in Form von Schuldverschreibungen und Termingeld angelegte) Reinertrag der Vermögensverwaltung des Jahres n in den Gesamthaushalt der Europäischen Gemeinschaft übertragen und zur Finanzierung der Forschung des Jahres n+2 herangezogen wird. Ausgehend von Simulationsrechnungen zur Ermittlung des Reinertrags der Vermögensverwaltung wurde ein anfängliches Finanzierungsvolumen von 60 Mio. EUR beschlossen.

<sup>(1)</sup> Beschluss der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der EGKS vom 27. Februar 2002 (ABl. L 79 vom 22.3.2002).

Damit durch die Entwicklung an den Finanzmärkten bedingte Schwankungen des für den Forschungsbereich zur Verfügung stehenden Finanzierungsvolumens aufgefangen werden können, erfolgt eine Glättung nach den von den Mitgliedstaaten beschlossenen Verfahren. Die entsprechende Glättungsformel wird zum ersten Mal auf die Ergebnisse des Haushaltsjahres 2003 angewendet und dient zur Festlegung der Mittelzuführung für Forschungszwecke im Jahr 2005. Damit dieser Mechanismus anlaufen kann, hat die EGKS Glättungsrückstellungen gebildet.

## 15. Rücklagen und Ergebnis

(in EUR)

	Stand: 31.12.2001 vor Zuweisungen	Zuweisungen zum 31.12.2001	Stand: 31.12.2001 nach Zuweisungen	Bewegungen 2002	Stand: 23.7.2002 vor Zuweisungen	Zuweisungen zum 23.7.2002	Stand: 23.7.2002 nach Zuweisungen
Spezialrücklage	118 000 000		118 000 000	- 5 700 000	112 300 000	—	112 300 000
Ehemaliger Pensionsfonds	40 000 000		40 000 000	- 4 000 000	36 000 000	—	36 000 000
Vermögen Forschungsfonds für Kohle und Stahl	92 632 605	7 367 395	100 000 000	9 700 000	109 700 000	158 300 000	268 000 000
Ergebnisvortrag	2 029 066	1 221 268	3 250 334		3 250 334	368 388	3 618 722
Ergebnis des Rechnungszeit- raums	8 588 663	- 8 588 663	0	158 668 388	158 668 388	- 158 668 388	0
<b>Insgesamt</b>	<b>261 250 334</b>	<b>0</b>	<b>261 250 334</b>	<b>158 668 388</b>	<b>419 918 722</b>	<b>0</b>	<b>419 918 722</b>

Die Spezialrücklage dient der Gewährung von Darlehen aus Eigenmitteln der EGKS für die Finanzierung von Sozialwohnungen. Am 23. Juli 2002 standen aus derartigen Darlehen noch rund 112,3 Mio. EUR aus. Daher konnte ein Betrag von 5 700 000 EUR aus dieser Rücklage entnommen und den freien Rücklagen zugeführt werden.

Der ehemalige Pensionsfonds stellte ursprünglich den Gesamtbetrag der von der EGKS vor dem 5. März 1968 bilanzierten Pensionsverpflichtungen dar. Von diesem Tag an wurden die Pensionsverpflichtungen für die Beamten über den Gesamthaushalt von den Mitgliedstaaten übernommen. Der Fonds dient seither der Finanzierung von Wohnungsbaudarlehen zugunsten der Beamten der Europäischen Gemeinschaften. Am 23. Juli 2002 standen aus derartigen Darlehen noch rund 36 Mio. EUR aus. Daher konnte ein Betrag von 4 Mio. EUR aus dieser Rücklage entnommen und den freien Rücklagen zugeführt werden.

Die Rücklage „Vermögen Forschungsfonds für Kohle und Stahl“, die im Rahmen der Auflösung der EGKS gebildet wurde (vgl. Anm. 14), umfasst die freien Rücklagen.

## 16. Analyse des Ergebnisses des Rechnungszeitraums

Das Gesamtergebnis der EGKS wird gleichzeitig vom Ergebnis der nicht im Haushalt enthaltenen Operationen (Darlehen/Anleihen — Geldanlagen — Wechselkursschwankungen) und vom Ergebnis der Ausführung des EGKS-Funktionshaushaltsplans bestimmt.

## 16.1. Nicht im Haushalt enthaltene Operationen

(in EUR)

Ergebnis	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
<b>Betriebsergebnis vor Veränderung der Rückstellungen</b>		
— Anleihe- und Darlehensoperationen	- 1 358 003	1 485 339
— Zinsen und Bankguthaben	2 519 538	1 919 600
— Geschäfte mit dem Wertpapierbestand	39 525 096	78 473 087
— Uneinbringliche Forderungen	- 441 587	- 1 376 363
— Wechselkursveränderungen	381 759	- 268 248
— Sonstiges	1 327 386	27 257
<b>Insgesamt</b>	<b>41 954 189</b>	<b>80 260 672</b>
<b>Nettoveränderung der Rückstellungen</b>		
— Sonstige Rückstellungen für Risiken und Aufwendungen	- 1 109 419	1 419 117
— Rückstellungen für Großkredite	6 000 000	11 000 000
— Wertberichtigungen auf Forderungen	21 147 061	44 734 723
— Rückstellungen für die Finanzierung des Funktionshaushaltsplans/für Haushaltsrisiken (Anm. C12 und C16.2)	70 794 520	174 205 480
— Haushalt Finanzierung der Kohle- und Stahlforschung	—	- 240 000 000
— Garantiefonds (Anm. C13.1)	51 000 000	- 15 000 000
Ergebnis nach Veränderung der Rückstellungen	189 786 351	56 619 992
Für die Finanzierung des EGKS-Funktionshaushaltsplans verwendeter Betrag <sup>(1)</sup> (= Nettosaldo)	- 31 117 963	- 48 031 329
<b>Ergebnis nach Abzug des Nettosaldos, aber vor Ergebnisverwendung</b>	<b>158 668 388</b>	<b>8 588 663</b>

<sup>(1)</sup> Gemäß der Änderung der Rechnungsführungsmethoden zum 31. Dezember 1992 wurden die Einnahmen des Rechnungszeitraums 2002 für die Finanzierung des Funktionshaushaltsplans 2002 verwendet (Nettosaldo, Anmerkung C16.2).

## 16.2. Ausführung des EGKS-Funktionshaushaltsplans

(in EUR)

	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
<b>Ausführung des Haushaltsplans</b>		
Ausgaben		
— Verwaltungsausgaben (Anmerkung C18)	2 794 520	5 000 000
— Rechtsverbindliche Verpflichtungen (Anmerkung C12)	127 988 619	184 554 560
<b>Insgesamt</b>	<b>130 783 139</b>	<b>189 554 560</b>
<b>Einnahmen (Nettobeträge)</b>		
— Umlage (Anmerkung C22)	—	—
— Geldbußen (Anmerkung C22)	4 600 000	4 540 000
— Rückzahlungen von Zinsverbilligungen (Anm. C22)	370 492	826 462
— Verschiedenes (Anmerkung C22)	272 872	1 158 428
— Annullierung rechtsverbindlicher Verpflichtungen (Anmerkung C22)	15 421 812	57 998 341
— Finanzierung der künftigen Funktionshaushaltspläne	79 000 000	77 000 000
— Nettosaldo des Rechnungszeitraums (Anmerkung C16.1)	31 117 963	48 031 329
<b>Insgesamt</b>	<b>130 783 139</b>	<b>189 554 560</b>
<b>Ergebnis der Ausführung des Haushaltsplans</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

## 17. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen

(in EUR)

	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
Zinsaufwendungen für Darlehen und Swaps	52 182 248	139 407 674
Bankzinsen	30 200	9 895
Emissionskosten und Rückzahlungsprämien	868 747	1 882 046
<b>Insgesamt</b>	<b>53 081 195</b>	<b>141 299 615</b>

## 18. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Die EGKS hat zum allgemeinen Haushalt der Kommission der Europäischen Gemeinschaften einen Pauschalbetrag von 2 794 520 EUR (2001: 5 Mio. EUR) zur Deckung ihrer Verwaltungsausgaben geleistet.

## 19. Sonstige betriebliche Aufwendungen

(in EUR)

	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
Aufwendungen im Zusammenhang mit Anleihen	78 123	133 559
Aufwendungen im Zusammenhang mit Swift/Reuters	132 483	192 668
Uneinbringliche Forderungen	441 587	1 376 363
Sonstiges	63 715	8 499
<b>Insgesamt</b>	<b>715 908</b>	<b>1 711 089</b>

Die Aufwendungen für uneinbringliche Forderungen wurden durch die Auflösung von Wertberichtigungen in entsprechender Höhe ausgeglichen.



## 20. Zinserträge und ähnliche Erträge

(in EUR)

	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
Zinserträge aus Darlehen und Swaps	50 010 165	138 793 019
Auszahlungsdisagios und Rückzahlungsprämien	867 660	2 339 954
Bankzinsen	2 796 887	2 196 563
Zinserträge aus Schuldverschreibungen und sonstigen festverzinslichen Wertpapieren	37 750 603	69 658 619
Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	—	1 753 222
<b>Insgesamt</b>	<b>91 425 315</b>	<b>214 741 377</b>

## 21. Sonstige betriebliche Erträge

(in EUR)

	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
Sonstige Erträge aus der Darlehenstätigkeit und der Vermögensverwaltung	7 678 149	—
Erträge aus verfallenen Zinsscheinen und Schuldverschreibungen	1 404	39 383
Sonstiges	343 332	44 004
<b>Insgesamt</b>	<b>8 022 885</b>	<b>83 387</b>

## 22. Erträge im Zusammenhang mit dem Funktionshaushaltsplan

(in EUR)

	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
Umlage <sup>(1)</sup>	—	—
Geldbußen <sup>(2)</sup>	4 600 000	4 540 000
Annullierungen rechtsverbindlicher Verpflichtungen (Anmerkung C12)	15 421 811	57 998 341
Rückzahlungen von Zinsverbilligungen (Anmerkungen C3.4)	370 492	826 462
Sonstiges	272 872	1 158 428
<b>Insgesamt</b>	<b>20 665 175</b>	<b>64 523 231</b>

<sup>(1)</sup> Die EGKS ist laut Vertrag ermächtigt, auf die Kohle- und Stahlproduktion der Unternehmen der EU eine Umlage zu erheben. Grundlage für die Berechnung ist der EU-Durchschnittswert der einzelnen umlagepflichtigen Erzeugnisse. Die Kommission beschloss, den Satz für die Jahre 1998 bis 2002 auf 0 % festzusetzen.

<sup>(2)</sup> Dieser Posten umfasst die Erträge aus den von der Kommission gemäß den Artikeln 58 und 65 des EGKS-Vertrages verhängten Geldbußen sowie Verzugszinsen.

23. **Posten unter dem Strich**23.1. *Forderungen*

(in EUR)

	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
Forderungen aus Swapgeschäften		
— Kapitalverbindlichkeiten aus Zinsswaps	195 709 880	212 071 862
— Kapitalverbindlichkeiten aus Währungs- und Zinsswaps	94 801 706	98 603 122
<b>Insgesamt</b>	<b>290 511 586</b>	<b>310 674 984</b>

23.2. *Verbindlichkeiten*

(in EUR)

	23. Juli 2002	31. Dezember 2001
a) Verbindlichkeiten aus Swapgeschäften		
— Kapitalverbindlichkeiten aus Zinsswaps	195 709 880	212 071 862
— Kapitalverbindlichkeiten aus Währungs- und Zinsswaps	88 085 042	88 085 042
b) Zugesagte, aber noch nicht ausgezahlte Darlehen an EG-Bedienstete	1 715 972	211 554
c) Allgemeine Verwaltungsaufwendungen <sup>(1)</sup>	1 455 616	—
d) Einnahmen aus Wertpapierkupons und Schuldverschreibungen nach Verjährung <sup>(2)</sup>	—	39 383
<b>Insgesamt</b>	<b>286 966 510</b>	<b>300 407 841</b>

<sup>(1)</sup> Nach dem Beschluss Nr. 2002/234/EGKS der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 27. Februar 2002 (Anhang 1 Nummer 6) (vgl. Anmerkung A) werden die Verwaltungsausgaben der EGKS in Liquidation von der Kommission übernommen. Die EGKS überweist 3,3 Mio. EUR an den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union. Der den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen des Zeitraums 24. Juli 2002 bis 31. Dezember 2002 entsprechende Betrag (1 455 616 EUR) wird als Verbindlichkeit ausgewiesen.

Nach Inkrafttreten des Vertrags von Nizza werden das gesamte Vermögen und alle Verbindlichkeiten der EGKS auf die Europäische Gemeinschaft übertragen, und an die Stelle der Verpflichtung zur Überweisung eines Pauschalbetrags an den Haushaltsplan der Europäischen Union treten die in dem Protokoll vorgesehenen Regeln.

<sup>(2)</sup> Die EGKS hat in Erfüllung ihrer Verpflichtung Kupons stets auch nach der Verjährung der Ansprüche ausgezahlt. Mit der Auflösung der EGKS wurde diese Praxis eingestellt.

24. **Kapitalflussrechnung für den am 23. Juli 2002 endenden Rechnungszeitraum**

(in Mio. EUR)

	Zeitraum 1. Januar bis 23. Juli 2002	Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2001
<b>HERKUNFT DER MITTEL</b>		
Saldo der Gewinn- und Verlustrechnung	158,7	8,5
Posten, die keinen Kapitalfluss bewirken:		
— Abschreibungen auf Emissionskosten und Rückzahlungsprämien	0,9	1,9
— Wertberichtigungen auf Wertpapiere (Auflösungen)	13,0	– 8,5
— Wertberichtigungen auf Forderungen, netto	– 62,3	– 40,2
— Verminderung des Postens „EGKS-Funktionshaushaltsplan“	– 172,2	– 304,7
— Erhöhung (Verminderung) des Postens „Haushalt Finanzierung der Kohle- und Stahlforschung“	—	240,0
— Erhöhung (Verminderung) des passiven Rechnungsabgrenzungspostens	– 59,3	– 7,6
— Verminderung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens und des Postens „Emissionskosten — Rückzahlungsprämien“	42,7	9,8
— Erhöhung (Verminderung) der sonstigen Passivposten	32,1	– 28,5
— Erhöhung der sonstigen Vermögenswerte	47,8	12,8
— Rückstellungszuweisungen (Rückstellungsentnahmen) für Risiken und Aufwendungen	– 51,3	– 8,1
— Rückstellungszuweisungen (Rückstellungsentnahmen) für Großkredite	– 6,0	– 11,0
— Kursangleichung bei Anleihen und Darlehen	2,4	– 12,4
— Zuweisung zum/zur (Entnahme aus dem/der) Garantiefonds/Spezialrücklage	– 51,0	15,0
<b>Insgesamt</b>	<b>– 104,5</b>	<b>– 133,0</b>
<b>SONSTIGE MITTEL</b>		
— Anleiheerträge	—	—
— Rückzahlung von Darlehen	619,4	745,8
— Verminderung der Bankguthaben und des Wertpapierbestands	149,7	10,8
<b>Mittel insgesamt</b>	<b>664,6</b>	<b>623,6</b>
<b>VERWENDUNG DER MITTEL</b>		
— Auszahlung von Darlehen/Erhöhung von Darlehensforderungen	0,7	5,4
— Rückzahlung von Anleihen	663,9	618,2
<b>Mittelverwendung insgesamt</b>	<b>664,6</b>	<b>623,6</b>

**STAATLICHE BEIHILFE — ITALIEN****Beihilfe C 27/03 (ex N 148/01) — Regionalgesetz Nr. 27 vom 23. Dezember 2000: „Sofortmaßnahmen zur Entschädigung der Landwirte für die ihnen infolge des Streiks der Güterkraftverkehrsunternehmen entstandenen Schäden“****Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag**

(2003/C 127/03)

Mit Schreiben vom 23. April 2003, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Italien ihren Beschluss mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Beihilfe das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

Die Kommission fordert alle Beteiligten auf, ihre Stellungnahme zu der Beihilfemaßnahme, derentwegen sie das Verfahren einleitet, innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission  
Generaldirektion Landwirtschaft  
Direktion H  
Loi 130 5-120  
B-1049 Brüssel  
Fax (32-2) 296 76 72.

Alle Stellungnahmen werden an Italien weitergeleitet. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass seine Identität nicht bekannt gegeben wird.

**ZUSAMMENFASSUNG**

Mit Schreiben vom 2. März 2001 hat die Ständige Vertretung Italiens bei der Europäischen Union die genannte Beihilfemaßnahme der Kommission gemäß Artikel 88 Absatz 3 EG-Vertrag notifiziert. Nach weiterem Schriftwechsel hat Italien der Kommission mit Schreiben vom 5. März 2003 gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates mitgeteilt, dass es die Anmeldung als vollständig betrachtet, weil die angeforderten Informationen nicht verfügbar seien, und die Kommission ersucht, auf der Grundlage der bereits übermittelten Angaben eine Entscheidung gemäß Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 zu erlassen.

Die notifizierte Beihilfemaßnahme beruht auf dem Gesetz Nr. 27 „Sofortmaßnahmen zur Entschädigung der Landwirte für die ihnen infolge des Streiks der Güterkraftverkehrsunternehmen entstandenen Schäden“ der Region Sizilien vom 23. Dezember 2000, das die Entschädigung von Landwirten und/oder landwirtschaftlichen Erzeugergemeinschaften vorsieht, die landwirtschaftliche Erzeugnisse herstellen, verarbeiten oder vertreiben und denen infolge der von den Güterkraftverkehrsunternehmen vom 30. September bis 8. Oktober 2000 organisierten Streikbewegung mit Straßensperrungen Schäden entstanden. Die Beihilfen werden von der Region Sizilien allen in Sizilien tätigen Landwirten und landwirtschaftlichen Unternehmen gewährt.

Den übermittelten Angaben zufolge war es in diesem Zeitraum aufgrund der Streikbewegung und der Straßensperrungen nicht

möglich, Fahrzeuge für den Transport landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu finden, wodurch die betreffenden Wirtschaftsbeteiligten eine Ertragseinbuße erlitten. So war es insbesondere nicht möglich: a) die versandfertigen bzw. bereits geernteten und eingelagerten Erzeugnisse auszuliefern und b) die reifen Erzeugnisse zu ernten, so dass diese überreif wurden und nicht mehr zu normalen Marktbedingungen abgesetzt werden konnten.

Innerhalb des verfügbaren Finanzrahmens soll die Entschädigung den von den Begünstigten erlittenen Gesamtschaden, d. h. ihren Einkommensverlust (*diminuzione del reddito*), decken.

Den übermittelten Angaben zufolge betrifft die Entschädigung speziell leicht verderbliche Erzeugnisse, wie Obst und Gemüse, Blumen, Milch und Milchprodukte, deren Ernte- bzw. Auslieferungstermin in den Zeitraum der Streikbewegungen und Straßensperrungen fiel. Die Beihilfe wird nur für Erzeugnisse gewährt, die zwischen dem 30. September und dem 8. Oktober 2000 zu ernten bzw. auszuliefern waren und für die es keine alternative Konservierungsmöglichkeit gab bzw., wenn es sie gab, diese für das betreffende Unternehmen nicht anwendbar war. Die den Behörden vorgelegten Unterlagen müssen den betreffenden Zeitraum ausweisen. Unternehmen, die bereits abgeholte Erzeugnisse nicht ausliefern konnten, werden bei der Entschädigung vorrangig berücksichtigt.

Zum Nachweis des Schadens und der Schadensart hat das begünstigte Unternehmen einen Liefervertrag (mit Angabe der jeweiligen Erzeugnismenge und des Liefertermins), die Lieferpapiere (mit Angabe des Erzeugers, des Transportunternehmens, des zu befördernden Erzeugnisses und des Lieferdatums) sowie (falls das Erzeugnis ausgeliefert wurde) die entsprechende Rechnung vorzulegen. Nur Unternehmen, die die Nichterfüllung der im Liefervertrag festgelegten Bedingungen (Liefertermin, Menge, Qualität und Preis) nachweisen können, wird Entschädigung gewährt. Wurde der Preis nicht vertraglich festgelegt, so legen die zuständigen Behörden den in den Listen der Handelskammern geführten Preis zugrunde. Die Entschädigung ist offenbar auch für Landwirte vorgesehen, die ihre Erzeugnisse infolge des Streiks und der Straßensperren nicht ernten konnten und diese daher einbüßten.

Eine Überkompensation sowie die Kumulierung mit anderen Finanzhilfen wurden ausgeschlossen. Bei der Berechnung der Entschädigung werden etwaige Versicherungsleistungen sowie Einnahmen aus der anderweitigen Verwendung/Veräußerung der betreffenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse berücksichtigt. Um Mehrfachentschädigungen aufgrund von gegenüber den Güterkraftverkehrsunternehmen geltend gemachten Ansprüchen auf Zahlung einer Vertragsstrafe oder einer Entschädigung für Vertragsschaden auszuschließen, haben die Begünstigten eine Erklärung abzugeben, in der sie bestätigen, dass sie keine rechtlichen Schritte gegen die betreffenden Güterkraftverkehrsunternehmen eingeleitet haben.

Der Finanzrahmen dieser einmaligen Entschädigungsmaßnahme beläuft sich auf 1 300 Mio. ITL (= ca. 671 394 EUR). Die Maßnahme erstreckt sich auf die Haushaltsjahre 2000 und 2001.

Nach dem derzeitigen Kenntnisstand ist die Maßnahme zweifellos als staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag anzusehen. Da die Entschädigungen aus regionalen Mitteln finanziert werden und den Agrarsektor in Sizilien begünstigen, haben sie sehr wahrscheinlich eine wettbewerbsverzerrende und den innergemeinschaftlichen Handel beeinträchtigende Wirkung.

Nach dem derzeitigen Kenntnisstand können die in Artikel 87 Absatz 2 Buchstaben a) und c) sowie Absatz 3 EG-Vertrag vorgesehenen Ausnahmeregelungen angesichts der Merkmale der Beihilfe nicht zur Anwendung kommen. Auch die Anmeldung der Beihilfemaßnahme war nicht auf die Anwendung dieser Ausnahmeregelungen abgestellt.

Nach Artikel 87 Absatz 2 Buchstabe b) EG-Vertrag sind „Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse entstanden sind“, mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar. Der Anmeldung der italienischen Behörden zufolge ist der betreffende Streik als außergewöhnliches Ereignis im Sinne von Artikel 87 Absatz 2 Buchstabe b) EG-Vertrag anzusehen. Die Beihilfemaßnahme wird daher auf der Grundlage dieser Rechtsvorschrift bewertet.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die Kommission, da die in Artikel 87 Absatz 2 Buchstabe b) EG-Vertrag genannten Begriffe „Naturkatastrophen“ und „außergewöhnliche Ereignisse“ eine Ausnahme von dem allgemeinen Grundsatz der Unvereinbarkeit staatlicher Beihilfen mit dem Gemein-

samen Markt im Sinne von Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag darstellen, stets die Ansicht vertreten hat, dass diese Begriffe restriktiv auszulegen sind (siehe Punkt 11.2 des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen im Agrarsektor, ABl. C 232 vom 12. August 2000).

Nach Ansicht der Kommission kann das betreffende Ereignis aus den nachfolgend angeführten Gründen nicht als „außergewöhnliches Ereignis“ im Sinne von Artikel 87 Absatz 2 Buchstabe b) EG-Vertrag angesehen werden: a) offenbar haben die Güterkraftverkehrsunternehmen die Demonstration in Palermo den zuständigen Behörden einen Tag im Voraus angezeigt, und es kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch andere Provinzen im Voraus informiert wurden; b) es ist nicht geklärt, ob es sich bei den betreffenden Ereignissen um rechtswidrige Aktionen handelt und ob sie unter das italienische Streikgesetz fallen bzw. unter diesem Gesetz durchgeführt wurden; c) es ist nicht geklärt, welche Umstände zu der Streikbewegung der Güterkraftverkehrsunternehmen geführt haben, aus welchen Gründen diese beendet wurde und welche Aktionen möglicherweise auch in anderen Regionen bzw. auf nationaler Ebene stattgefunden haben; d) es ist nicht geklärt, welches Ausmaß und welchen Umfang die Demonstrationen, Streiks und Straßensperren in den übrigen Gebieten Siziliens (außerhalb der Provinz Palermo) hatten; e) die Anzahl der an den betreffenden Ereignissen in Palermo und den übrigen Teilen Siziliens beteiligten Güterkraftverkehrsunternehmen sowie ihr Anteil an den insgesamt in Sizilien tätigen Güterkraftverkehrsunternehmen sind nicht bekannt.

Abgesehen von den Bedenken bezüglich der Einstufung des gemeldeten Ereignisses als „außergewöhnliches Ereignis“ hegt die Kommission nach ihrem derzeitigen Kenntnisstand zudem Zweifel hinsichtlich anderer Aspekte der notifizierten Beihilfe, insbesondere: a) hinsichtlich der von der Beihilfemaßnahme Begünstigten (es ist nicht geklärt, ob in der Verarbeitung bzw. Vermarktung tätige Wirtschaftsbeteiligte ebenfalls Anspruch auf eine Beihilfeleistung haben, und, wenn ja, welcher Art die von diesen beiden Sektoren erlittenen Schäden sind und wie diese berechnet werden); b) hinsichtlich bestimmter Modalitäten der Schadensberechnung (es ist nicht geklärt, weshalb bei Landwirten, die ihre Erzeugnisse nicht ernten konnten, im Unterschied zu den übrigen Fällen Sachverständigengutachten herangezogen werden, um welche Art von Gutachten es sich handelt, wann, wie und zu welchem Zweck diese Gutachten erstellt wurden und welche Art von Erzeugnissen sie betreffen); c) hinsichtlich der von der Beihilfemaßnahme tatsächlich betroffenen Erzeugnisse; d) hinsichtlich der Eventualität, dass sich die Maßnahme überdies als indirekte Beihilfe für die streikenden Güterkraftverkehrsunternehmen auswirken kann. Falls die Güterkraftverkehrsunternehmen nach nationalem Recht den landwirtschaftlichen Unternehmen gegenüber für die durch ihre Aktion verursachten (vertraglichen und/oder außervertraglichen) Schäden haften, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die betreffende Beihilfemaßnahme auch eine indirekte Betriebsbeihilfe für die am Streik beteiligten Güterkraftverkehrsunternehmen darstellt.

Aufgrund der genannten Bedenken kann nach Ansicht der Kommission nach dem bisherigen Kenntnisstand nicht davon ausgegangen werden, dass die vorgeschlagene Maßnahme tatsächlich dem Ausgleich der durch die Aktion verursachten Schäden dient und dass sie keine Betriebsbeihilfe darstellt.

## WORTLAUT DES SCHREIBENS

„Con la presente la Commissione si prega informare l'Italia che, dopo aver esaminato le informazioni fornite dalle autorità italiane in merito alla misura menzionata in oggetto, ha deciso di avviare il procedimento di cui all'articolo 88, paragrafo 2, del trattato CE.

### 1. PROCEDIMENTO

Con lettera del 2 marzo 2001, protocollata il 5 marzo 2001, la Rappresentanza permanente d'Italia presso l'Unione europea ha notificato alla Commissione, ai sensi dell'articolo 88, paragrafo 3, del trattato CE, la misura indicata in oggetto.

In risposta ai telex inviati dai servizi della Commissione AGR 009603 del 20 aprile 2001 e AGR 034235 del 18 dicembre 2001, informazioni supplementari sono state trasmesse con lettere del 7 novembre 2001, protocollata il 13 novembre 2001, e del 31 luglio 2002, protocollata il 5 agosto 2002.

Con il telex AGR 022152 del 20 settembre 2002 i servizi della Commissione hanno chiesto ulteriori chiarimenti e informazioni. Non avendo ricevuto alcuna risposta, con il telex AGR 30656 del 20 dicembre 2002 i servizi della Commissione hanno inviato un sollecito alle autorità italiane, invitandole a rispondere entro un mese. Non avendo ricevuto alcuna risposta, con il telex AGR 07156 del 7 marzo 2003 i servizi della Commissione hanno informato le autorità competenti che la notifica era da considerare ritirata in base all'articolo 5, paragrafo 3, del regolamento (CE) n. 659/1999 del Consiglio<sup>(1)</sup>.

Lo stesso giorno i servizi della Commissione hanno ricevuto dall'Italia una lettera datata 5 marzo 2003 e protocollata il 6 marzo 2003, con la quale, conformemente all'articolo 5, paragrafo 3, del regolamento (CE) n. 659/1999, si informava la Commissione che la notifica era da considerare completa in quanto le informazioni richieste non erano disponibili e le si chiedeva di adottare una decisione ai sensi dell'articolo 4, paragrafo 5, del regolamento (CE) n. 659/1999 sulla base delle informazioni già fornite.

Con il telex AGRI 09066 del 27 marzo 2003 i servizi della Commissione hanno informato le autorità competenti che avrebbero dato seguito alla loro richiesta e che, alla luce delle informazioni disponibili, avrebbero probabilmente proposto alla Commissione di avviare il procedimento previsto all'articolo 88, paragrafo 2, del trattato.

### 2. DESCRIZIONE DELLA MISURA DI AIUTO

La notifica prevede un aiuto inteso a indennizzare le imprese singole o associate di produzione, trasformazione e commercializzazione di prodotti agricoli dei danni subiti a causa dello

sciopero degli autotrasportatori e dei blocchi stradali che hanno avuto luogo dal 30 settembre all'8 ottobre 2000 (cfr. la lettera del 7 novembre 2001). Gli aiuti verranno concessi a tutti gli agricoltori e a tutte le imprese operanti in Sicilia.

Secondo le informazioni fornite, lo sciopero e i blocchi stradali hanno reso impossibile reperire veicoli per il trasporto dei prodotti agricoli e hanno causato un danno economico agli operatori interessati. In particolare era impossibile: a) consegnare i prodotti che erano già pronti per il trasporto o che erano già stati raccolti e immagazzinati nei depositi e b) raccogliere i prodotti maturi, che in conseguenza dell'eccessiva maturazione hanno perso le qualità merceologiche per essere commercializzati alle abituali condizioni di mercato.

Nei limiti delle risorse disponibili, l'indennizzo coprirà il danno totale subito dai beneficiari sotto forma di diminuzione del reddito. Le modalità di calcolo delle perdite e la documentazione che i beneficiari devono presentare sono state stabilite dall'Assessorato regionale dell'agricoltura.

Secondo le informazioni fornite, l'indennizzo sarà erogato in particolare per le merci facilmente deperibili, quali i prodotti ortofrutticoli e floricoli e il latte e i prodotti lattiero-caseari, la cui epoca di raccolta e/o consegna ricadeva nel periodo interessato dallo sciopero e dai blocchi stradali. L'aiuto sarà versato soltanto per i prodotti che dovevano essere consegnati o raccolti tra il 30 settembre e l'8 ottobre 2000 e per i quali alcuna forma alternativa di conservazione era possibile o poteva essere attuata dall'azienda in questione. I documenti presentati all'amministrazione dovranno fare riferimento al periodo menzionato. Verrà data priorità alle aziende che non hanno potuto consegnare i prodotti già raccolti.

Per provare la sussistenza del danno e la sua entità le imprese beneficiarie dovranno presentare il contratto di fornitura (che impone la consegna di un determinato quantitativo di prodotto entro una certa data), il documento di trasporto (indicante il produttore, il trasportatore, i prodotti da trasportare e la data della consegna) e (se i prodotti sono stati consegnati) la relativa fattura. L'indennizzo verrà versato alle imprese che dimostreranno, sulla base di regolari contratti di fornitura, di non aver potuto rispettare le condizioni stipulate negli stessi (tempi, quantità, qualità e prezzo). Se il prezzo non era stabilito nel contratto, le autorità competenti utilizzeranno come riferimento quello indicato nei mercuriali della Camera di Commercio.

Risulta che l'indennizzo sia previsto anche per gli agricoltori che, in seguito allo sciopero e ai blocchi stradali, non hanno potuto procedere alla raccolta e pertanto hanno perso la produzione (cfr. la lettera del 31 luglio 2002). In tal caso il danno subito dagli agricoltori sarà calcolato sulla base di «perizie effettuate da tecnici agricoli abilitati (agronomi) relative al valore della produzione sulle piante», che saranno necessariamente richieste oltre al contratto stipulato per tale produzione.

Qualora il beneficiario consegni i prodotti a cooperative o altri organismi associativi, l'indennizzo può essere versato al singolo produttore socio o all'organismo stesso. In base ai chiarimenti forniti, la perdita e il relativo indennizzo saranno in ogni caso stabiliti a livello del singolo produttore.

<sup>(1)</sup> Regolamento (CE) n. 659/1999 del Consiglio, del 22 marzo 1999, recante modalità di applicazione dell'articolo 93 del trattato CE (GU L 83 del 27.3.1999, pag. 1).

Sono stati esclusi la compensazione eccessiva e il cumulo con altre misure di aiuto. Nel calcolo dell'indennizzo si terrà conto degli eventuali pagamenti ottenuti nell'ambito di polizze assicurative e dei ricavi conseguenti da utilizzazioni/vendite alternative dei prodotti di cui trattasi. Per evitare che l'indennizzo venga versato due volte in caso di pagamenti di penali o di danni contrattuali da parte degli autotrasportatori, i beneficiari dovranno dichiarare di non aver avviato un contenzioso con gli autotrasportatori interessati.

Per la misura di aiuto sono stati stanziati 1 300 milioni di ITL (= circa 671 394 EUR) negli esercizi finanziari 2000 e 2001. L'indennizzo sarà unatantum.

La legge concernente la misura di aiuto contiene una clausola sospensiva che ne rende l'applicazione soggetta all'approvazione della Commissione.

### 3. VALUTAZIONE

#### i) Sussistenza dell'aiuto

Conformemente all'articolo 87, paragrafo 1, del trattato, sono incompatibili con il mercato comune, nella misura in cui incidano sugli scambi tra Stati membri, gli aiuti concessi dagli Stati, ovvero mediante risorse statali, sotto qualsiasi forma che, favorendo talune imprese o talune produzioni, falsino o minaccino di falsare la concorrenza.

Ad una prima analisi e in questa fase, la misura in esame soddisfa tali condizioni. Gli aiuti di cui trattasi sono erogati a partire da risorse regionali. Essi favoriscono il settore agricolo in Sicilia e possono pertanto falsare la concorrenza<sup>(2)</sup> e incidere sugli scambi tra Stati membri<sup>(3)</sup>.

Il mercato degli ortofrutticoli è fortemente competitivo nell'UE. Secondo i dati Eurostat per il 1998<sup>(4)</sup>, l'UE ha registrato una produzione totale di 55 782 000 t di ortaggi, 20 476 000 t di frutta (esclusi gli agrumi) e 8 710 000 t di agrumi; gli scambi intracomunitari (basati sui dati registrati) di ortofrutticoli freschi ammontavano a 7 344 000 t di ortaggi, 5 944 000 t di

frutta (esclusi gli agrumi) e 3 420 000 t di agrumi. Secondo le medesime fonti, nello stesso anno l'Italia ha prodotto 16 608 000 t di ortaggi, 9 303 000 t di frutta (esclusi gli agrumi) e 2 191 000 t di agrumi. Va considerato che, nell'ambito dell'Italia, la Sicilia è un importante produttore di ortofrutticoli.

Nella fase attuale si ritiene pertanto che la misura in oggetto si configuri come aiuto di Stato ai sensi dell'articolo 87, paragrafo 1, del trattato.

#### ii) Deroga

Il principio generale di incompatibilità degli aiuti di Stato contemplato all'articolo 87, paragrafo 1, del trattato prevede tuttavia deroghe, esposte ai paragrafi 2 e 3 dello stesso articolo. Nella fase attuale le deroghe stabilite al paragrafo 2, lettere a) e c), e al paragrafo 3, lettere a), b), c), d) ed e), non sembrano essere applicabili a motivo delle caratteristiche dell'aiuto e del fatto che la notifica non è intesa a soddisfare le condizioni per la loro applicazione.

A norma dell'articolo 87, paragrafo 2, lettera b), «gli aiuti destinati ad ovviare ai danni arrecati dalle calamità naturali oppure da altri eventi eccezionali» sono compatibili con il mercato comune. Nella notifica le autorità italiane hanno affermato che lo sciopero di cui trattasi può essere assimilato a un evento eccezionale ai sensi dell'articolo 87, paragrafo 2, lettera b), del trattato. La misura di aiuto verrà pertanto valutata ai sensi di tale base giuridica.

Al riguardo va osservato che, poiché le nozioni di «calamità naturale» e di «evento eccezionale» di cui all'articolo 87, paragrafo 2, lettera b), costituiscono eccezioni al principio generale dell'incompatibilità degli aiuti di Stato con il mercato comune enunciato all'articolo 87, paragrafo 1, del trattato, la prassi costante della Commissione è quella di darne un'interpretazione restrittiva. Tra gli eventi eccezionali sono stati accettati dalla Commissione la guerra, i disordini interni e gli scioperi e, con alcune riserve e in funzione della loro estensione, gravi incidenti nucleari o industriali e incendi che causano perdite estese<sup>(5)</sup>. Una volta confermata la calamità naturale o l'evento eccezionale, la Commissione autorizza aiuti fino al 100 % a titolo di indennizzo dei danni materiali. Il compenso va solitamente calcolato per singolo beneficiario e, onde evitare compensazioni eccessive, vanno dedotti dall'importo dell'aiuto eventuali pagamenti dovuti, ad esempio nell'ambito di polizze assicurative. La Commissione accetta inoltre aiuti destinati ad indennizzare gli agricoltori delle perdite di reddito dovute alla distruzione dei mezzi di produzione agricoli, purché non vi sia compensazione eccessiva.

#### — EVENTO ECCEZIONALE

Secondo le autorità italiane, lo sciopero di cui trattasi può essere assimilato a un evento eccezionale ai sensi dell'articolo 87, paragrafo 2, lettera b), del trattato, in quanto un evento simile con le stesse dimensioni e conseguenti danni sull'economia locale non si era mai verificato prima in Sicilia.

<sup>(2)</sup> Secondo la giurisprudenza della Corte di giustizia europea, allorché un aiuto finanziario concesso dallo Stato rafforza la posizione di un'impresa nei confronti di altre imprese concorrenti, si crea una distorsione della concorrenza rispetto ad altre imprese che non beneficiano dello stesso contributo (cfr. causa C-730/79, Racc. 1980, pag. 2671, punti 11 e 12).

<sup>(3)</sup> Secondo una giurisprudenza costante, la condizione relativa all'effetto sugli scambi ricorre quando l'impresa beneficiaria svolge un'attività economica oggetto di scambi tra Stati membri. Il semplice fatto che l'aiuto rafforza la posizione di questa impresa nei confronti di altre imprese concorrenti nell'ambito degli scambi intracomunitari consente di ritenere che l'aiuto abbia inciso sugli scambi. Per quanto riguarda gli aiuti di Stato nel settore agricolo, secondo una giurisprudenza consolidata, anche quando l'entità dell'importo complessivo degli aiuti è esigua e gli stessi sono ripartiti tra numerosi agricoltori, la loro concessione incide sugli scambi tra Stati membri e sulla concorrenza (cfr. causa C-113/2000, Racc. 2002, pag. 7601, punti da 30 a 36 e da 54 a 56; causa C-114/2000, Racc. 2002, pag. 7657, punti da 46 a 52 e da 68 a 69).

<sup>(4)</sup> Informazioni statistiche ed economiche del 2001. L'agricoltura nell'Unione europea. I dati riportati si riferiscono al 1998 in quanto per gli anni successivi i dati pubblicati sono incompleti.

<sup>(5)</sup> Punto 11.2 degli orientamenti comunitari per gli aiuti di Stato nel settore agricolo (GU C 232 del 12.8.2000).

Per dimostrare l'eccezionalità dell'evento in esame le autorità competenti hanno trasmesso alcuni ritagli di giornale e la copia di una nota della Prefettura di Palermo. Dalla suddetta nota si evince che il 29 settembre 2000 gli autotrasportatori hanno dato alla Questura un preavviso della manifestazione che si sarebbe tenuta il giorno successivo nei punti di accesso a Palermo. Secondo le informazioni fornite in quell'occasione, la manifestazione avrebbe comportato un volantinaggio inteso a sensibilizzare la cittadinanza sui problemi degli autotrasportatori e gli stessi si erano espressamente impegnati a non bloccare la circolazione nei varchi del porto di Palermo e agli svincoli delle autostrade Palermo-Catania e Palermo-Trapani. Il giorno successivo (30 settembre 2000), tuttavia, la manifestazione si sarebbe svolta in modo completamente diverso, con blocchi stradali a Palermo e in altre province.

Dopo aver esaminato la suddetta nota, i servizi della Commissione hanno chiesto alle autorità competenti di rispondere ad alcuni quesiti più specifici al fine di valutare la possibile eccezionalità dell'evento di cui trattasi. Poiché non è pervenuta alcuna risposta ai suddetti quesiti, per i motivi di seguito elencati i servizi della Commissione mantengono dubbi circa il fatto che l'evento descritto costituisca un «evento eccezionale» ai sensi dell'articolo 87, paragrafo 2, lettera b).

a) *Preavviso a Palermo.* Nel caso in esame gli autotrasportatori hanno dato alla Questura un giorno di preavviso per la manifestazione di Palermo. Qualora per la legge nazionale un giorno di preavviso sia sufficiente, ne consegue che le autorità competenti sono state informate della manifestazione con sufficiente anticipo e avrebbero potuto prendere i provvedimenti necessari per tenerla sotto controllo. In assenza di una risposta delle autorità competenti, la Commissione non può valutare il carattere eccezionale dello sciopero in questione.

b) *Possibile preavviso in altre province.* Dalle informazioni fornite parrebbe che la manifestazione si sia svolta non solo a Palermo, ma anche in altre province. In assenza di una risposta delle autorità competenti, la Commissione non può escludere che gli autotrasportatori avessero dato un preavviso di manifestazione anche alle autorità responsabili di altre province oltre a quella di Palermo e che pertanto le suddette autorità fossero informate in anticipo degli eventi e potessero prevederne la probabile portata.

c) *Possibile applicazione della legge sullo sciopero agli eventi in esame.* Per valutare la possibile natura di «evento eccezionale» degli eventi di cui trattasi, i servizi della Commissione hanno chiesto alle autorità italiane di fornire informazioni sulla possibile applicazione della legge italiana sul diritto di sciopero (legge 12 giugno 1990 n. 146 — modificata dalla legge 11 aprile 2000 n. 83) al caso in oggetto. In assenza di una chiara risposta delle autorità competenti, la Commissione non può escludere che, se la legge fosse stata/avesse dovuto essere applicata, gli effetti dello sciopero e dei blocchi stradali potevano/avrebbero potuto essere neutralizzati o ridotti al minimo (ad esempio, le prestazioni indispensabili avrebbero potuto essere assicurate, il requisito del preavviso avrebbe dato alle imprese agricole tempo sufficiente per cercare modalità/mezzi alternativi di trasporto o magazzinaggio, se la situazione era così grave da recare pregiudizio ai diritti garantiti dalla Costituzione, le autorità competenti avrebbero potuto intimare agli autotrasportatori l'interruzione dello sciopero, ecc.). Al fine di valutare il carattere eccezionale dello sciopero, la Commissione ha anche chiesto informazioni sui tipi di reati presumibilmente allo stesso collegati, che non sono state fornite.

d) *Motivi della manifestazione.* Secondo la relazione della Prefettura di Palermo, i blocchi stradali hanno avuto fine soltanto l'8 ottobre, dopo che, il giorno precedente, era stato raggiunto un accordo tra i rappresentanti dell'associazione degli autotrasportatori siciliani, l'amministrazione regionale e l'allora ministro dei Trasporti. Per meglio comprendere i motivi dello sciopero e dei blocchi stradali è stato chiesto alle autorità competenti di specificare il contenuto di tale accordo e di indicare se altre manifestazioni di autotrasportatori per le stesse ragioni si erano svolte in altre regioni o a livello nazionale, o se esse avevano interessato unicamente la Sicilia. In assenza di una risposta delle autorità competenti, la Commissione nutre dubbi sui motivi degli eventi di cui trattasi e sulla loro natura di «eventi eccezionali».

e) *Portata ed estensione della manifestazione, dello sciopero e dei blocchi stradali.* Dalle informazioni fornite sembrerebbe che la manifestazione si sia svolta anche in altre province. Le autorità competenti non hanno precisato in quali altre province la manifestazione, lo sciopero e i blocchi stradali hanno avuto luogo, non ne hanno specificato la portata né le conseguenze e, a parte alcuni ritagli di giornale, non hanno inviato alcuna documentazione ufficiale concernente tali eventi per le altre zone della Sicilia (come ad esempio la relazione della Prefettura di Palermo). La Commissione nutre pertanto dubbi sull'estensione geografica e sulla portata delle manifestazioni, dello sciopero e dei blocchi stradali nel resto della Sicilia.

f) *Numero di partecipanti.* Dal preavviso di manifestazione presentato dall'associazione degli autotrasportatori, copia del quale è allegata alla nota della Prefettura di Palermo, sembra potersi desumere che una cinquantina di autotrasportatori abbiano preso parte alla manifestazione di Palermo. In assenza di una risposta delle autorità competenti che precisi (per mezzo della necessaria documentazione) il numero totale di autotrasportatori operanti in Sicilia e il numero approssimativo di autotrasportatori che hanno effettivamente preso parte alle manifestazioni di Palermo e del resto della Sicilia, la Commissione nutre dubbi circa il numero di persone che hanno partecipato agli eventi di cui trattasi.

#### — ALTRI DUBBI

Oltre ai dubbi sul fatto che l'evento notificato sia assimilabile agli «eventi eccezionali», in questa fase la Commissione nutre dubbi anche su altri aspetti dell'aiuto notificato, ossia: a) i beneficiari della misura di aiuto; b) alcune modalità di calcolo del danno; c) i prodotti oggetto della misura di aiuto e d) la possibilità che la misura costituisca un aiuto indiretto a favore degli autotrasportatori che hanno partecipato allo sciopero. I motivi di tali dubbi sono esposti di seguito.

a) *I beneficiari della misura di aiuto.* L'articolo 1 della legge notificata e la scheda descrittiva indicano come beneficiari dell'aiuto «le imprese singole o associate di produzione, trasformazione e commercializzazione di prodotti agricoli». Tuttavia, le spiegazioni fornite dalle autorità competenti riguardo le modalità di calcolo dei danni e il relativo indennizzo sembrano riferirsi unicamente ai danni subiti da singoli produttori agricoli primari. In assenza di un chiarimento da parte delle autorità competenti, la Commissione nutre dubbi sulla natura dei beneficiari dell'aiuto e, qualora l'aiuto sia concesso anche ad operatori attivi nei settori della trasformazione e della commercializzazione, sul tipo di danni lamentati da ciascuna di queste due categorie e sulle modalità di calcolo e di valutazione degli stessi.



b) *Alcune modalità di calcolo dei danni.* Le autorità competenti hanno fornito esempi di come saranno calcolati i danni subiti da un agricoltore qualora i prodotti consegnati fossero inferiori, per qualità o quantità, a quanto previsto dal contratto. In tali casi il danno risulta corrispondere alla differenza tra il prezzo convenuto<sup>(6)</sup> per le merci, come stabilito nel contratto, e il prezzo effettivamente pagato all'agricoltore in seguito a una consegna di merce di quantità e/o qualità inferiore (a causa dell'eccessiva maturazione). Le autorità competenti prevedono tuttavia di versare l'indennizzo anche agli agricoltori che, in seguito allo sciopero e ai blocchi stradali, non hanno potuto procedere alla raccolta e hanno pertanto perso la loro produzione. In tal caso i danni subiti dagli agricoltori saranno calcolati sulla base di «perizie effettuate da tecnici agricoli abilitati (agronomi) relative al valore della produzione sulle piante» che saranno presentate insieme ai relativi contratti. In assenza di chiarimenti delle autorità competenti, la Commissione nutre dubbi: sulle modalità di calcolo dei danni e dei corrispondenti indennizzi in questo caso particolare e sul motivo per cui per esso valgono modalità diverse rispetto a quelle dei casi sopra menzionati; sulla natura e finalità delle citate perizie, su quando e in che modo le stesse sono state redatte, nonché sui tipi di prodotti i cui danni saranno stimati sulla base delle suddette perizie.

c) *I prodotti oggetto della misura di aiuto.* Secondo le autorità competenti, l'aiuto riguarderà i prodotti che per loro natura (deperibilità, periodo di raccolta, ecc.) dovevano essere consegnati e/o raccolti rapidamente nel periodo interessato (dal 30 settembre all'8 ottobre 2000) e per i quali non erano possibili forme alternative di conservazione (ad esempio la congelazione). Per valutare questo aspetto i servizi della Commissione hanno chiesto alle autorità competenti di fornire un elenco dei prodotti interessati. Le autorità competenti non hanno fornito l'elenco suddetto e si sono impegnate a farlo in una fase successiva, prima della concessione degli aiuti. Poiché tale elenco è ritenuto necessario ai fini della possibile autorizzazione della misura di aiuto, la Commissione nutre dubbi sui prodotti per i quali le autorità competenti intendono erogare gli aiuti notificati.

d) *La possibilità che la misura costituisca anche un aiuto indiretto a favore degli autotrasportatori che hanno partecipato allo sciopero.* Poiché la misura di aiuto in questione è intesa a indennizzare le imprese agricole dei danni subiti a causa della manifestazione, dello sciopero e dei blocchi stradali degli autotrasportatori, la Commissione non può escludere che, qualora gli autotrasportatori siano responsabili ai sensi della legge nazionale

del risarcimento dei danni (contrattuali e/o non contrattuali) causati dalla loro manifestazione alle imprese agricole, la misura di aiuto di cui trattasi potrebbe essere considerata un aiuto indiretto al funzionamento a favore degli autotrasportatori scioperanti. Dal momento che 1) per evitare di ricevere un doppio indennizzo in seguito al pagamento di penali o di danni contrattuali da parte degli autotrasportatori che hanno preso parte allo sciopero, i beneficiari dovranno dichiarare di non aver avviato alcun contenzioso con gli autotrasportatori interessati, e che 2) la spiegazione fornita dalle autorità competenti secondo cui gli autotrasportatori verrebbero considerati responsabili come singoli cittadini, e non in qualità di imprenditori, non sembra convincente e non sembra escludere che, ai sensi della legge nazionale, gli autotrasportatori in sciopero possano invero essere ritenuti responsabili dei danni causati agli agricoltori, la Commissione nutre dubbi sulla natura degli effettivi beneficiari dell'aiuto, che pertanto si potrebbe configurare anche come un aiuto al funzionamento a favore degli autotrasportatori stessi o di alcuni di essi.

Alla luce di quanto suesposto e considerate le norme applicabili agli aiuti di Stato, in questa fase la Commissione nutre dubbi sia sul fatto che l'evento notificato possa essere qualificato come «evento eccezionale» al quale si applica la deroga di cui all'articolo 87, paragrafo 2, lettera b), del trattato, sia su alcuni elementi della misura di aiuto come sopra descritto, che non le consentono di concludere che la misura proposta sia effettivamente intesa a indennizzare i danni subiti a causa dell'evento e non costituisca invece un mero aiuto al funzionamento.

#### 4. CONCLUSIONI

Tenuto conto di quanto precede, la Commissione invita l'Italia a presentare, nell'ambito del procedimento di cui all'articolo 88, paragrafo 2, del trattato CE, le proprie osservazioni e a fornire tutte le informazioni utili ai fini della valutazione della misura, entro un mese dalla data di ricezione della presente. La Commissione invita inoltre le autorità italiane a trasmettere senza indugio copia della presente lettera ai beneficiari potenziali dell'aiuto.

La Commissione desidera richiamare all'attenzione dell'Italia che l'articolo 88, paragrafo 3, del trattato CE ha effetto sospensivo e che, in forza dell'articolo 14 del regolamento (CE) n. 659/1999, essa può imporre allo Stato membro interessato di recuperare ogni aiuto illegale dal beneficiario.“

---

<sup>(6)</sup> Se nessun prezzo era stato convenuto nel contratto, le autorità competenti prenderanno come riferimento il prezzo elencato nei mercuriali della Camera di Commercio.

**Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags**

**Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

(2003/C 127/04)

(Text von Bedeutung für den EWR)

**Datum der Annahme des Beschlusses:** 28.2.2003

**Mitgliedstaat:** Deutschland

**Beihilfe Nr.:** N 116 B/02

**Titel:** Leitlinien für die Gewährung staatlicher Finanzhilfen bei Elementarschäden in Rheinland-Pfalz

**Zielsetzung:** Beihilfen zum Ausgleich von Schäden durch Naturkatastrophen

**Rechtsgrundlage:** Verwaltungsvorschrift der Landesregierung Rheinland-Pfalz über die Gewährung staatlicher Finanzhilfen bei Elementarschäden

**Haushaltsmittel:** Finanzhilfen werden nur bei tatsächlich eingetretenen Schäden bereitgestellt, so dass deren Höhe noch nicht bestimmt werden kann

**Beihilfeintensität oder -höhe:** Entschädigung für ein Drittel des Schadens durch Zuschüsse und zinsgünstige Kredite

**Laufzeit:** Bis 31. Dezember 2007

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

[http://europa.eu.int/comm/secretariat\\_general/sgb/state\\_aids](http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids)

**Datum der Annahme des Beschlusses:** 5.3.2003

**Mitgliedstaat:** Deutschland (Sachsen)

**Beihilfe Nr.:** N 712/02

**Titel:** Beihilfe für Solar World AG

**Zielsetzung:** Durchführung eines Großinvestitionsprojekts nach dem multisektoralen Regionalbeihilferahmen zur Errichtung einer integrierten Anlage zur Herstellung von Solarmodulen

**Rechtsgrundlage:** Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“; Investitionszulagengesetz; Programm für unmittelbare Bürgschaften des Bundes und der Länder in den neuen Bundesländern und Berlin Ost

**Haushaltsmittel:** 209 000 000 EUR

**Beihilfeintensität oder -höhe:** 73 150 000 EUR

**Laufzeit:** 2002 bis 2006

**Andere Angaben:** Zusage Deutschlands, dass es den Verpflichtungen bezüglich der Kontrollen im nachhinein gemäß Punkt 6

des multisektoralen Regionalbeihilferahmens für große Investitionsvorhaben nachkommen wird

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

[http://europa.eu.int/comm/secretariat\\_general/sgb/state\\_aids](http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids)

**Datum der Annahme des Beschlusses:** 5.3.2003

**Mitgliedstaat:** Vereinigtes Königreich

**Beihilfe Nr.:** N 761/02

**Titel:** Zuschüsse für im Forschungsverbund ausgeführte FuE

**Zielsetzung:** Förderung von im Forschungsverband ausgeführter Forschung und Entwicklung

**Rechtsgrundlage:** Section 5 of Science and Technology Act 1965

**Haushaltsmittel:** 100 Mio. GBP (ca. 160 Mio. EUR) jährlich

**Beihilfeintensität oder -höhe:** Für Grundlagenforschung: höchstens 100 % für Durchführbarkeitsstudien: höchstens 75 % für industrielle Forschung: höchstens 50 % für vorwettbewerbliche Entwicklung: höchstens 25 %;

Die Beihilfeintensität erhöht sich um

— 10 Prozentpunkte, wenn die Beihilfe an KMU vergeben wird;

— 10 Prozentpunkte, wenn die Beihilfe an Unternehmen in Fördergebieten nach Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe a) vergeben wird;

— 5 Prozentpunkte, wenn die Beihilfe an Unternehmen in Fördergebieten nach Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c) vergeben wird.

Insgesamt — einschließlich der Aufschläge — höchstens 75 % für industrielle Forschung und 50 % für vorwettbewerbliche Entwicklung

**Laufzeit:** Vom 1. April 2003 bis 31. Dezember 2006

**Andere Angaben:** Hintergrund: N 856/01 und N 473/2000

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

[http://europa.eu.int/comm/secretariat\\_general/sgb/state\\_aids](http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids)

**Datum der Annahme des Beschlusses:** 19.2.2003

**Mitgliedstaat:** Frankreich

**Beihilfe Nr.:** N 9/03

**Titel:** Steuervergünstigungen für Investitionen auf Korsika

**Zielsetzung:** Beihilfen für KMU — Regionalbeihilfen

**Rechtsgrundlage:** Loi de finances rectificative 2002

**Haushaltsmittel:** 6 000 000 FRF (Bemerkung: Haushaltsmittel für die letzten drei Jahre)

**Beihilfeintensität oder -höhe:** Steuergutschrift, 20 %

**Laufzeit:** Bis 31.12.2006

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

[http://europa.eu.int/comm/secretariat\\_general/sgb/state\\_aids](http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids)

**Datum der Annahme des Beschlusses:** 16.12.2002

**Mitgliedstaat:** Frankreich

**Beihilfe Nr.:** NN 86/02

**Titel:** Ausdehnung der befristeten Beihilferegelung zugunsten von Unternehmen, die Opfer von Naturkatastrophen und der Ölverschmutzung wurden (NN 62/2000) auf das Tarn-Gebiet

**Zielsetzung:** Teilentschädigung für nicht versicherte Schäden, die Unternehmen aufgrund des Unwetters vom November 1999 erlitten haben

**Rechtsgrundlage:** Contrats de plan État-régions et documents uniques de programmation

**Haushaltsmittel:** Wie die ursprünglichen Haushaltsmittel für die Regelung NN 62/2000, also rund 60 Mio. EUR

**Beihilfeintensität oder -höhe:** Bis zu 100 % für die Finanzierungskosten, bis zu 50 % für sonstige förderungswürdige Aufwendungen

**Laufzeit:** Unbefristet

**Andere Angaben:** Verlängerung der von der Kommission am 4.10.2000 genehmigten Regelung NN 62/2000 ohne jedwede Änderung (ABl. C 280 vom 3.10.2000)

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

[http://europa.eu.int/comm/secretariat\\_general/sgb/state\\_aids](http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids)

### Einleitung des Verfahrens

(Sache COMP/M.2621 — SEB/Moulinex (II))

(2003/C 127/05)

Am 23. Mai 2003 hat die Kommission entschieden, in dem oben genannten Fall das Verfahren einzuleiten, nachdem sie festgestellt hat, dass der angemeldete Zusammenschluss Anlass zu ernsthaften Bedenken hinsichtlich seiner Vereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt gibt. Die Verfahrenseinleitung eröffnet eine zweite Prüfungsphase in Hinblick auf den angemeldeten Zusammenschluss. Die Entscheidung beruht auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c) der Ratsverordnung (EWG) Nr. 4064/89.

Die Kommission gibt interessierten Dritten Gelegenheit, der Kommission ihre Stellungnahme zu dem beabsichtigten Zusammenschluss zu unterbreiten.

Um Stellungnahmen umfassend berücksichtigen zu können, sollten sie spätestens 15 Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung bei der Kommission eingehen. Die Stellungnahme kann der Kommission durch Telefax (Nr. (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.2621 — SEB/Moulinex (II), an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission,  
Generaldirektion Wettbewerb,  
Direktion B — Task Force Fusionskontrolle,  
J-70,  
B-1049 Brüssel.

**Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses****(Sache COMP/M.3175 — Best Agrifund/Dumeco)**

(2003/C 127/06)

**(Text von Bedeutung für den EWR)**

1. Am 26. Mai 2003 ist die Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1310/97 <sup>(2)</sup>, bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das Unternehmen Best Agrifund BV („Best Agrifund“, Niederlande) erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der genannten Verordnung die Kontrolle über die Gesamtheit von dem Unternehmen Dumeco BV („Dumeco“, Niederlande) durch Aktienkauf.
2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:
  - Best Agrifund: industrielle Verarbeitung von Schlachthof-Nebenprodukten und Kadavern, Herstellung von Gelatine, Fleisch und Fleischprodukten, landwirtschaftlichen Produkten und verarbeiteten Verbrauchsgütern.
  - Dumeco: Handel mit Tieren, Produktion und Verkauf von Zuchtmaterialien, Zucht und Verkauf von Schweinen und Rindern, Schlachten von Schweinen und Rindern, Verarbeitung, Produktion und Verkauf von Fleischprodukten (sowohl Frischwaren, wie verarbeitete Fleischprodukte).
3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass der angemeldete Zusammenschluss unter die Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 fällt. Ihre endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich allerdings vor.
4. Alle interessierten Unternehmen oder Personen können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens zehn Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können der Kommission durch Telefax (Nr. (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.3175 — Best Agrifund/Dumeco, an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission,  
Generaldirektion Wettbewerb,  
Direktion B — Task Force Fusionskontrolle,  
J-70,  
B-1049 Brüssel.

<sup>(1)</sup> ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 1, Berichtigung: ABl. L 257 vom 21.9.1990, S. 13.

<sup>(2)</sup> ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 1, Berichtigung: ABl. L 40 vom 13.2.1998, S. 17.

---

**STELLUNGNAHME DER KOMMISSION****zum Entwurf eines Ratsbeschlusses über eine Änderung der Zusammensetzung und der Satzung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik**

(2003/C 127/07)

Gemäß Artikel 209 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft regelt der Rat nach Stellungnahme der Kommission die rechtliche Stellung der Ausschüsse. Der Rat hat die Kommission mit Schreiben vom 20. Mai 2003 um eine Stellungnahme zur Änderung der Zusammensetzung und der Satzung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik gebeten, die gegenwärtig im Beschluss des Rates vom 29. September 2000 (2000/604/EG) festgelegt ist.

Mit der vorgeschlagenen Änderung soll der anstehenden Erweiterung der Europäischen Union auf 25 Mitgliedstaaten Rechnung getragen werden. Um den reibungslosen Fortgang der Arbeiten zu gewährleisten, wird im Entwurf des Ratsbeschlusses vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten, die Kommission und die Europäische Zentralbank in Zukunft jeweils zwei statt bisher vier Mitglieder in den Ausschuss entsenden.

Die Kommission ist der Auffassung, dass die vorgeschlagene Satzungsänderung angemessen ist. Die Änderung hat keine Auswirkungen auf die Rolle der Kommission im Ausschuss.

---

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM  
EFTA-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE

**Genehmigung einer staatlichen Beihilfe gemäß Artikel 61 des EWR-Abkommens und Artikel 1 Absatz 3 des Protokolls 3 zum Überwachungs- und Gerichtshofübereinkommen**

**(Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde, keine Einwände zu erheben)**

(2003/C 127/08)

<b>Datum der Annahme des Beschlusses:</b>	14. März 2003
<b>EFTA-Staat:</b>	Island
<b>Beihilfe Nr.:</b>	SAM 030.020.10
<b>Titel:</b>	Geplante Maßnahmen finanzieller und steuerlicher Art zur Errichtung einer Aluminiumproduktionsanlage in der Gemeinde Fjarðabyggð, Island
<b>Zielsetzung:</b>	Förderung der Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit in Mittelostisland
<b>Rechtsgrundlage:</b>	Act on Authorisation to engage in Negotiations on an Aluminium Plant in the Reyðarfjörður, as passed by the Alþingi in March 2003, and the Investment Agreement between the Government of Iceland and Alcoa Inc., USA
<b>Beihilfeintensität oder -höhe:</b>	Höchstens 49,9 Mio. EUR
<b>Laufzeit:</b>	Während der gesamten Vertragslaufzeit gemäß Artikel 20 der Investitionsvereinbarung

---

**Genehmigung einer staatlichen Beihilfe gemäß Artikel 61 des EWR-Abkommens und Artikel 1 Absatz 3 des Protokolls 3 zum Überwachungs- und Gerichtshofübereinkommen**

**(Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde, keine Einwände zu erheben)**

(2003/C 127/09)

<b>Datum der Annahme des Beschlusses:</b>	5. Februar 2003
<b>EFTA-Staat:</b>	Norwegen
<b>Beihilfe Nr.:</b>	SAM 030.02.002
<b>Titel:</b>	Änderung der „SkatteFUNN“-Regelung zum Steuerabzug von FuE-Ausgaben
<b>Zielsetzung:</b>	Anregung der Unternehmen zur Verstärkung ihrer FuE-Anstrengungen
<b>Rechtsgrundlage:</b>	Paragraph 16 bis 40 des Steuergesetzes Nr. 14 vom 26. März 1999 und Durchführungsverordnung für diesen Posten
<b>Höhe der Beihilfen:</b>	910 Mio. NOK (ca. 124 Mio. EUR)
<b>Laufzeit:</b>	Unbegrenzt (die Haushaltsmittel für das Programm müssen jährlich vom norwegischen Parlament genehmigt werden)

---

**Erklärungen Liechtensteins und Norwegens gemäß Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern**

(2003/C 127/10)

**LIECHTENSTEIN**

**1. RECHTSVORSCHRIFTEN UND SYSTEME IM SINNE VON ARTIKEL 4 ABSÄTZE 1 UND 2 DER VERORDNUNG**

Die folgenden Rechtsvorschriften enthalten Bestimmungen, für die diese Verordnung gilt:

- Gesetz vom 24. November 1971 über die Krankenversicherung, LGBL. 1971 Nr. 50, in geänderter Fassung
- Gesetz vom 23. Dezember 1959 über die Invalidenversicherung, LGBL. 1960 Nr. 5, in geänderter Fassung
- Gesetz vom 14. Dezember 1952 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung, LGBL. 1952 Nr. 29, in geänderter Fassung
- Gesetz vom 20. Oktober 1987 über die betriebliche Personalvorsorge, LGBL. 1988 Nr. 12, in geänderter Fassung
- Gesetz vom 20. Dezember 1988 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal, LGBL. 1989 Nr. 7, in geänderter Fassung
- Gesetz vom 28. November 1989 über die obligatorische Unfallversicherung, LGBL. 1990 Nr. 46, in geänderter Fassung
- Gesetz vom 18. Dezember 1985 über die Familienzulagen, LGBL. 1986 Nr. 28, in geänderter Fassung
- Gesetz vom 12. Juni 1969 über die Arbeitslosenversicherung, LGBL. 1969 Nr. 41, in geänderter Fassung
- Gesetz vom 10. Dezember 1965 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, LGBL. 1964 Nr. 46, in geänderter Fassung
- Gesetz vom 17. Dezember 1970 über die Gewährung von Blindenbeihilfen, LGBL. 1971 Nr. 7, in geänderter Fassung
- Gesetz vom 25. November 1981 betreffend Ausrichtung einer Mutterschaftszulage, LGBL. 1982 Nr. 8, in geänderter Fassung

**2. BEITRAGSUNABHÄNGIGE SONDERLEISTUNGEN IM SINNE VON ARTIKEL 4 ABSATZ 2a DER VERORDNUNG**

Die folgenden Rechtsvorschriften enthalten Bestimmungen, für die diese Verordnung gilt:

- Blindenbeihilfen
  - Gesetz vom 17. Dezember 1970 über die Gewährung von Blindenbeihilfen, LGBL. 1971 Nr. 7, in geänderter Fassung
- Mutterschaftszulage
  - Gesetz vom 25. November 1981 betreffend Ausrichtung einer Mutterschaftszulage, LGBL. 1982 Nr. 8, in geänderter Fassung
- Ergänzungsleistungen
  - Gesetz vom 10. Dezember 1965 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, LGBL. 1964 Nr. 46, in geänderter Fassung
- Hilflosenentschädigung
  - Gesetz vom 10. Dezember 1965 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, LGBL. 1964 Nr. 46, in geänderter Fassung

**3. MINDESTLEISTUNGEN IM SINNE VON ARTIKEL 50 DER VERORDNUNG**

Keine

**4. LEISTUNGEN IM SINNE VON ARTIKEL 77 DER VERORDNUNG**

Die folgenden Rechtsvorschriften enthalten Bestimmungen, für die diese Verordnung gilt:

- 4.1. Kinderzuschüsse für Empfänger von Alters- oder Invaliditätsrenten
  - Gesetz vom 23. Dezember 1959 über die Invalidenversicherung, LGBL. 1960 Nr. 5, in geänderter Fassung
  - Gesetz vom 14. Dezember 1952 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung, LGBL. 1952 Nr. 29, in geänderter Fassung
  - Gesetz vom 20. Oktober 1987 über die betriebliche Personalvorsorge, LGBL. 1988 Nr. 12, in geänderter Fassung

4.2. Familienbeihilfen für Empfänger von Alters- oder Invaliditätsrenten, Renten wegen eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit

- Gesetz vom 18. Dezember 1985 über die Familienzulagen, LGBL. 1986 Nr. 28, in geänderter Fassung

5. LEISTUNGEN IM SINNE VON ARTIKEL 78 UND 78a DER VERORDNUNG

Die folgenden Rechtsvorschriften enthalten Bestimmungen, für die diese Verordnung gilt:

5.1. Waisenrenten mit Ausnahme von Waisenrenten aus der Versicherung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten

- Gesetz vom 14. Dezember 1952 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung, LGBL. 1952 Nr. 29, in geänderter Fassung
- Gesetz vom 20. Oktober 1987 über die betriebliche Personalvorsorge, LGBL. 1988 Nr. 12, in geänderter Fassung

5.2. Familienbeihilfen für Waisen

- Gesetz vom 18. Dezember 1985 über die Familienzulagen, LGBL. 1986 Nr. 28, in geänderter Fassung

**NORWEGEN**

1. RECHTSVORSCHRIFTEN UND SYSTEME IM SINNE VON ARTIKEL 4 ABSÄTZE 1 UND 2 DER VERORDNUNG

a) Leistungen bei Krankheit und Mutterschaft:

- Seemannsgesetz vom 30. Mai 1975 Nr. 18
- Gesetz vom 19. November 1982 Nr. 66 über kommunale Gesundheitsdienste
- Volksversicherungsgesetz vom 28. Februar 1997 Nr. 19, ausgenommen Artikel 14-12 und 14-20
- Gesetz vom 2. Juli 1999 Nr. 61 über fachärztliche Gesundheitsdienste

b) Leistungen bei Invalidität:

- Gesetz vom 28. Juli 1949 Nr. 26 über die Pensionskasse für Staatsbedienstete
- Volksversicherungsgesetz vom 28. Februar 1997 Nr. 19

c) Leistungen bei Alter:

- Gesetz vom 3. Dezember 1948 Nr. 7 über eine Rentenversicherung für Seeleute
- Gesetz vom 28. Juli 1949 Nr. 26 über die Pensionskasse für Staatsbedienstete
- Gesetz vom 3. Dezember 1951 Nr. 2 über eine Rentenversicherung für Waldarbeiter
- Gesetz vom 28. Juni 1957 Nr. 12 über eine Rentenversicherung für Fischer
- Gesetz vom 22. Juni 1962 Nr. 12 über ein Rentensystem für Pflegekräfte
- Volksversicherungsgesetz vom 28. Februar 1997 Nr. 19

d) Leistungen an Hinterbliebene:

- Gesetz vom 28. Juli 1949 Nr. 26 über die Pensionskasse für Staatsbedienstete
- Volksversicherungsgesetz vom 28. Februar 1997 Nr. 19

e) Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten:

- Seemannsgesetz vom 30. Mai 1975 Nr. 18
- Gesetz vom 16. Juni 1989 Nr. 65 über die Versicherung gegen Arbeitsunfälle
- Volksversicherungsgesetz vom 28. Februar 1997 Nr. 19

f) Sterbegeld:

- Volksversicherungsgesetz vom 28. Februar 1997 Nr. 19

g) Leistungen bei Arbeitslosigkeit:

- Volksversicherungsgesetz vom 28. Februar 1997 Nr. 19

h) Familienleistungen:

- Kindergeldgesetz vom 24. Oktober 1946 Nr. 2 (bis 1. Januar 2003)
- Kindergeldgesetz vom 8. März 2002 Nr. 4 (ab 1. Januar 2003 in Kraft, siehe Königlicher Beschluss vom 8. März 2002 Nr. 225)

2. MINDESTLEISTUNGEN IM SINNE VON ARTIKEL 50 DER VERORDNUNG

Volkerversicherungsgesetz vom 28. Februar 1997 Nr. 19 (Artikel 3-4, siehe Artikel 3-2 und 3-3)

3. LEISTUNGEN IM SINNE VON ARTIKEL 77 DER VERORDNUNG

— Volkerversicherungsgesetz vom 28. Februar 1997 Nr. 19 (Artikel 3-25 und 3-26)

— Kindergeldgesetz vom 24. Oktober 1946 Nr. 2 (bis 1. Januar 2003)

— Kindergeldgesetz vom 8. März 2002 Nr. 4 (ab 1. Januar 2003 in Kraft, siehe Königlicher Beschluss vom 8. März 2002 Nr. 225)

4. LEISTUNGEN IM SINNE VON ARTIKEL 78 DER VERORDNUNG

— Volkerversicherungsgesetz vom 28. Februar 1997 Nr. 19 (Artikel 18-1 bis 18-11)

— Kindergeldgesetz vom 24. Oktober 1946 Nr. 2 (bis 1. Januar 2003)

— Kindergeldgesetz vom 8. März 2002 Nr. 4 (ab 1. Januar 2003 in Kraft, siehe Königlicher Beschluss vom 8. März 2002 Nr. 225)

5. LEISTUNGEN IM SINNE VON ARTIKEL 4 ABSATZ 2a DER VERORDNUNG

Volkerversicherungsgesetz vom 28. Februar 1997 Nr. 19 (Artikel 3-21, 3-22, 6-1 bis 6-8 und 17-9 Absatz 1 Buchstaben a) und b), Absatz 2 und Absatz 3)

---



## III

*(Bekanntmachungen)*

## EUROPÄISCHES PARLAMENT

**Im Amtsblatt der Europäischen Union C 127 E veröffentlichte Sitzungsprotokolle vom 8. bis 11.  
April 2002**

(2003/C 127/11)

Diese Texte sind verfügbar in:

**EUR-Lex:** <http://europa.eu.int/eur-lex>

**CELEX:** <http://europa.eu.int/celex>

---

# KOMMISSION

## AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN

**betreffend die Steigerung der Leistungsfähigkeit von NRO im Umweltbereich durch Übertragung der bewährten Praktiken von NRO in der EU, veröffentlicht durch die Europäische Kommission**

(2003/C 127/12)

### 1. Aufforderungskennnummer

EuropeAid/116508/D/G/PHA.

c) Maximale Projektdauer: 12 Monate.

Für weitere Einzelheiten siehe den unter Punkt 12 erwähnten „Leitfaden für Antragsteller“.

### 2. Programm und Finanzierungsquelle

Mehrjahresprogramm „Umwelt und Erweiterung“ im Rahmen des Programms Phare 2003; Haushaltslinie B7-030.

### 4. Verfügbarer Gesamtbetrag für diese Aufforderung

420 000 EUR.

### 3. Art der Maßnahmen, geografisches Zielgebiet und Projektdauer

a) Zweck dieses Vorhabens ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit von Umwelt-NRO in den Phare-Ländern Mittel- und Osteuropas durch die Weitergabe von Erfahrungen erfolgreicher Umwelt-NRO in den 15 EU-Mitgliedstaaten durch Partnerschaften, Mentoring und Informationsaustausch.

### 5. Höchst- und Mindestzuschüsse

a) Mindestzuschuss je Projekt: 10 000 EUR,

b) Höchstzuschuss je Projekt: 20 000 EUR,

c) Höchstanteil der von der Finanzierung durch die Gemeinschaft gedeckten Projektkosten: 95 %.

Die Kommission räumt Projekten Vorrang ein, die nicht auf eine bestimmte Thematik, sondern auf die Entwicklung grundlegender Fähigkeiten ausgerichtet sind. Dazu gehören u. a. Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, Mittelbeschaffung, Kooperation mit Umwelt- und anderen Fachministerien, Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit und Motivation freiwilliger Mitarbeiter. Die Projekte müssen in erster Linie in Form von Austauschprogrammen und Partnerschaften durchgeführt werden.

### 6. Höchstzahl der zu gewährenden Zuschüsse

42.

### 7. Förderfähigkeit: Wer kann Vorschläge einreichen?

Förderfähig sind NRO im Umweltbereich. Beim Hauptbegünstigten dieses Projekts sollte es sich um eine NRO mit Sitz in einem der unter Punkt 3b) genannten Länder Ost- und Mitteleuropas und bei dem bzw. den Projektpartnern um (eine) NRO mit Sitz in einem der 15 EU-Mitgliedstaaten handeln.

Vorrang genießen außerdem Projekte, bei denen der federführende Antragsteller sein künftiges Potenzial im Hinblick auf eine breite Maßnahmenpalette und breites Zielpublikum unter Beweis stellen oder einen eindeutigen Bedarf an externer Unterstützung — ohne bereits umfangreiche Unterstützung durch NRO in der EU-15 zu erhalten — nachweisen kann.

### 8. Vorläufiger Termin für die Bekanntgabe der Ergebnisse des Vergabeverfahrens

Grundsätzlich vier Monate nach Ablauf der Frist für die Einreichung der Anträge.

b) Geografisches Zielgebiet: 10 Länder Mittel- und Osteuropas (Phare-Länder) — Bulgarien, Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien — und die 15 EU-Mitgliedstaaten.

### 9. Vergabekriterien

Für Einzelheiten siehe Abschnitt 2.3 des unter Punkt 12 erwähnten Leitfadens für Antragsteller.

## 10. Antragsformulare und erforderliche Angaben

Anträge sind unter Verwendung des **Standardformulars** einzureichen, das dem „Leitfaden für Antragsteller“ (siehe Nummer 12) beigefügt ist und dessen Format und Anweisungen strikt einzuhalten sind. Für jeden Antrag sind vom Antragsteller jeweils **das unterzeichnete Original** und **DREI (3) Kopien** sowie ein (1) Exemplar auf einem elektronischen Datenträger (3½-Zoll-Diskette, die unter Windows MS-Word 6, MS Excel oder einer älteren Version bzw. im rtf-Format lesbar ist) einzureichen.

## 11. Frist für die Einreichung der Anträge

Antragsfrist ist der 27. August 2003, 16.00 Uhr mittlereuropäische Zeit.

Anträge, die nach Ablauf dieser Frist beim Auftraggeber eingehen, bleiben unberücksichtigt, auch wenn der Poststempel ein Datum vor der Ausschlussfrist ausweist.

## 12. Ausführliche Informationen

Ausführliche Informationen zu dieser Aufforderung sind im „Leitfaden für Antragsteller“ enthalten, der zusammen

mit dieser Ankündigung über das Internet abrufbar ist unter:

<http://europa.eu.int/comm/europeaid/cgi/frame12.pl>.

Wählen Sie dabei „PHARE/ISPA/SAPARD“ im Drop-down-Menü links und klicken Sie dann auf „open“ bei „status“; „grants“ bei „type“, „all“ bei „region“ und „country“ und anschließend auf „submit query“.

Fragen zu dieser Aufforderung schicken Sie bitte per E-Mail (unter Angabe der unter Punkt 1 aufgeführten Aufforderungskennnummer) an:

ENV-ENLARGEMENT@cec.eu.int.

Es wird allen Antragstellern empfohlen, die genannte Website während der Antragsfrist regelmäßig zu besuchen, weil die Kommission dort häufig gestellte Fragen und deren Antworten veröffentlicht wird.

---

**HINWEIS**

Die 40. Ausgabe des Fundstellennachweises des geltenden Gemeinschaftsrechts erscheint Ende Mai 2003.

Abonnenten der Papierausgabe des Amtsblatts können den Fundstellennachweis künftig kostenlos beziehen, und zwar jeweils so viele Exemplare und Sprachfassungen, wie sie abonniert haben. Dazu ist das nachstehende Bestellformular unter Angabe der „Abonentennummer“ (Code links unten, mit O/. . . . . beginnend) auszufüllen und zurückzuschicken.

Nichtabonnenten können den Fundstellennachweis kostenpflichtig bei einem unserer Vertriebsbüros beziehen (Verzeichnis umseitig).

Sämtliche Amtsblätter (L, C, CA, CE) können kostenlos über folgende Internet-Site abgefragt werden:  
<http://europa.eu.int/eur-lex>

Kat.-Nr.: OA-18-03-000-DE-C

---

**BESTELLSCHEIN**

**Amt für amtliche Veröffentlichungen  
der Europäischen Gemeinschaften**

Abonentendienst  
2, rue Mercier  
L-2985 Luxemburg  
Fax: (352) 2929-42752

Meine Matrikelnummer lautet: O/. . . . .

Bitte schicken Sie mir . . . kostenlose(s) Exemplar(e) des Fundstellennachweises, zu dessen/deren Bezug ich durch mein(e) Abonnement(s) berechtigt bin.

Kat.-Nr.: OA-18-03-000-DE-C

Name: .....

Anschrift: .....

.....

Datum: ..... Unterschrift: .....